

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Tagesvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Victoriastr. 48. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelband Bochum.

Wir stehen an einem Wendepunkt!

Das Experiment der Bapen-Regierung. „Wehe dem Unternehmertum ...“

„Kollegen! Wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will; sie wird uns gerüstet finden.“

Diese wenigen Sätze aus dem Aufruf des Bundesvorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den wir in voriger Nummer der „Bergbau-Industrie“ veröffentlichten, kennzeichnen die schwerwiegende und ungeklärte Situation, in der wir uns noch immer befinden.

Schon lange knistert und kracht es im Gebälk der kapitalistischen Wirtschaft! Während wir beispielsweise im letzten Jahre als niedrigste Arbeitslosenzahl 3,9 Millionen aufzuweisen hatten und dabei im Winter auf 6,1 Millionen kamen, haben wir in diesem Jahre als niedrigste Arbeitslosenziffer 5,2 Millionen zu verzeichnen. 5,2 Millionen Arbeitslose im Hochsommer! Wieviel werden es im kommenden Winter sein? Niemand kann diese Frage beantworten. Aber eins ist gewiß: je mehr die Arbeitslosennot und wirtschaftliche Verelendung wachsen, um so dringlicher wird die Frage, wie lange der Widerstand des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems noch anhalten soll. Der Widerstand nämlich, daß, je mehr die Produktivität und der Warenreichtum der kapitalistischen Wirtschaft wächst, Millionen von Volksgenossen in steigendem Maße dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben sein sollen.

Schon lange ist auch durch die Praxis bewiesen, daß ein Ausweg aus dieser furchtbaren Wirtschaftsnote auf privatwirtschaftlicher Grundlage nicht mehr gefunden werden kann. Erinnerung sei nur daran, daß es kaum noch einen Wirtschaftszweig und ein Großunternehmen gibt, das eine staatliche Hilfe nicht in Anspruch nehmen mußte. Sowohl die Großbanken wie auch die industriellen Großunternehmen und nicht zuletzt die Großagrarien haben wiederholt und in verschiedenen Formen die finanzielle Hilfe des Staates beansprucht und damit dokumentiert, daß die Privatwirtschaft am Ende ihres Latens ist.

Kein Wunder, wenn antikapitalistische Gesinnung und antikapitalistischer Wille, zwei Ideenrichtungen, die früher nur in der freigeordneten Arbeiterschaft und in sozialistischen Kampfprogrammen zu finden waren, heute Gemeingut breiter Volksschichten geworden sind. Denn wenn auch der aufgelöste Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit nicht zustande brachte, so verfügten doch die Parteien, die ein sozialistisches Firmenbild tragen — ob zu Recht oder Unrecht ist in diesem Falle gleichgültig —, über eine Zweidrittelmehrheit.

Dessen ungeachtet hat die Bapen-Regierung ein Regierungsprogramm entworfen — und auch durch den Erlaß von Notverordnungen bereits praktisch in die Wege geleitet —, das den Weg aus der Krise nicht auf sozialistischer, gemeinwirtschaftlicher, sondern auf rein privatkapitalistischer Grundlage anbahnen soll.

So werden beispielsweise der Privatwirtschaft durch das System der Steuergutscheine Vergünstigungen von etwa zwei Milliarden Mark in Aussicht gestellt. Für diese staatliche Hilfe verlangt man aber von den Unternehmern keine Gegenleistung etwa in der Form, daß dem Staate für diese Subvention auch ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht auf die Geschäftsführung der Unternehmen eingeräumt wird.

Damit nicht genug! Neben dem System der Steuergutscheine hat die Bapen-Regierung durch ihre Notverordnungen Tür und Tor für einen weitgehenden Lohnabbau, für eine völlige Zerschlagung des Tarifwesens geöffnet. Durch ihre sozialpolitischen Maßnahmen hat sie gleichzeitig die Handhabe für eine weitgehende Zerschlagung der Arbeiterrechte geschaffen. Schon kurz nach ihrem Amtsantritt hat sie die Arbeitslosenversicherung so gut wie völlig beseitigt, die Bezüge der Arbeitslosen und Sozialrentner weitgehend gekürzt, um nun durch die Durchlöcherung des Tarifvertrages die letzten Schutzwälle der Arbeiterschaft gegen maßlose Verschlechterungspläne der Unternehmer zu beseitigen.

Die Bapen-Regierung äußert also den rückwärts losen Willen, die in stärksten Mißkredit geratene kapitalistische Wirtschaft wieder flottzumachen und scheidet dabei vor keiner Maßnahme, sei sie auch noch so unsozial, zurück. Sie sieht ihre Mission darin, durch neue ungeheure Belastungen der Arbeiterschaft und eine weitgehende Förderung der privatwirtschaftlichen Interessen, den wachsenden Druck der Arbeitslosigkeit zu mildern und den Bankrott der Privatwirtschaft zu verhindern.

Die Regierung Bapen ist sich dieser Mission auch voll auf bewußt. Die programmatischen Richtlinien, die Reichskanzler von Bapen kürzlich durch den Rundfunk verbreitete, beweisen das. Man ist sich auch in Regierungskreisen vollkommen über die Tragweite des Experiments klar. Man weiß: entweder gelingt es uns, die gemachten Versprechungen zu erfüllen, für Arbeit und Brot zu sorgen, oder aber die Todesstunde des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems hat endgültig geschlagen.

Reichskanzler von Bapen erklärte

in seinem Rundfunkvortrag wörtlich dazu folgendes:

„Alle Maßnahmen, die in den Verordnungen vom 4. und 5. September niedergelegt sind, gelten für eine Uebergangszeit von zwölf Monaten. In dieser Zeit entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Staates. Die Reichsregierung hat ihre Maßnahmen nach bestem Wissen und Gewissen getroffen mit dem einheitlichen Ziel, die furchtbare Not der Arbeitslosigkeit zu überwinden, die bisher unaufhaltsame Schrumpfung der Wirtschaft aufzuhalten und dem deutschen Volk zu ermöglichen, überhaupt wirtschaftlich weiterzueugieren. Wenn wir jetzt mit entschlossener Hand das Steuer der Wirtschaftspolitik herumgerissen haben, so sind wir dabei keiner einseitigen Theorie gefolgt. Uns lenkt allein der tiefinnerliche Wille, unserem Volk den Wiederaufstieg aus Jahren entsetzlicher seelischer und materieller Not zu bahnen.“

Nach genauem Beobachten der Entwicklung der Weltwirtschaft sind wir zu der Entscheidung gekommen, daß jetzt der richtige Zeitpunkt da ist, um private Initiative zu wecken und ihr die Gelegenheit zu geben, nach der sie so oft gerufen hat, ihre gewaltigen realen und moralischen Kräfte zu entfalten. Die Reichsregierung erwartet von den Unternehmern, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwenden. Sie wird mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen.

Lassen Sie mich das eine mit vollem Nachdruck unterstreichen: Mißlingt der Plan der Reichsregierung, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben und ihm seine volle Leistungsfähigkeit zurückzugeben, dann ist das freie Unternehmertum verloren, dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen.

Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an eigenen Nutzen denkt und nicht an das große Ganze, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und die große Chance begreift, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nicht wagt, sondern zurückhaltend nur wartet.

Die Reichsregierung wird die Privatwirtschaft in der freien Entfaltung ihrer Kräfte nicht hindern. Sie tritt für die rein-

liche Scheidung von staatlicher und privater Wirtschaft ein. Die Betriebe, die sich ohne staatliche Hilfe nicht behaupten können, müssen es sich gefallen lassen, daß bei ihnen der staatliche Einfluß in einer Weise ausgeübt wird, daß ihr Ertrag lediglich dem Gemeinnutzen, keineswegs aber privatem Vorteil dient. Die Welt blickt heute voll Hoffnung und Spannung auf den Versuch der deutschen Wirtschaft, sich neues Leben zu erkämpfen. Eine wachsende Zuversicht geht über die Menschheit. Langsam beginnen die drückenden Schatten einer helleren Zukunft zu weichen, und der Glaube an das Leben erwacht wieder. Aber diese neue Zukunft läßt sich nur durch Kampf gewinnen. Sie fordert Taten, Mut und Vertrauen. Darum ruft die Reichsregierung das deutsche Volk zu dieser letzten Anstrengung auf, in dem sicheren Bewußtsein, daß damit die furchtbaren Krisenjahre auf immer hinter uns verfliegen. Wirtlich der Plan der Reichsregierung so aus, wie er gedacht ist, dann werden Millionen aus dumpfer, verzweifelter Arbeitslosigkeit wieder erwecken, durch die Ueberr der Wirtschaft wird neues Leben pulfieren, und der lähmende und zerschlagende Druck der vergangenen Jahre wird weichen. Arbeit und Brot! Der Plan der Reichsregierung gibt beides.“

Die Bapen-Regierung versucht also ihre drakonischen und ungeheuerlichen Maßnahmen damit zu rechtfertigen, indem sie Arbeit und Brot verspricht. Sie gesteht aber auch gleichzeitig ein, daß, wenn dieser Plan mißlingt, das freie Unternehmertum, d. h. die privatkapitalistische Wirtschaft, verloren ist.

Wir stehen demnach an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Bapen-Regierung hat der notleidenden Masse des Volkes einen Wechsel ausgestellt, den sie einlösen muß. Gelingt es ihr nicht, das schwerwiegende Versprechen zu halten, dann ist nach ihren eigenen Verheißungen das kapitalistische System zum Untergang verurteilt und nur noch die sozialistische Planwirtschaft geeignet, Brot und Arbeit zu schaffen.

Die Arbeiterschaft und vor allem die freigeordneten marxistischen Anhänger nehmen diesen Teil der Regierungserklärung zur besonderen Kenntnis. Wenn auch die Bapen-Regierung in dem aufgelösten Reichstag nur 32 deutschnationale Stimmen für sich buchen konnte und niemand weiß, wie lange diese Regierung noch amieren wird, so dürfte sich doch an der Einlösung des Versprechens nichts ändern. Weit wichtiger als das Versprechen an sich wird nämlich die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entwicklung in der nächsten Zeit sein, die entweder die von der Regierung erhofften Erleichterungen bringen, oder aber eine grundlegende Neuorganisation der Wirtschaft zur Folge haben muß. Daß gerade die Bapen-Regierung, dieses konservative und ausgesprochen kapitalfreundliche Kabinett, diese Alternative zwischen Kapitalismus und Sozialismus so klar herausgestellt, erfüllt die marxistischen Kämpfer nicht nur mit besonderer Genugtuung, sondern ist auch der beste Beweis dafür, daß wir schwerwiegenden Entscheidungen entgegengehen, die aber, wie sie auch sein mögen, nach den Worten von Leipart, die Gewerkschaften für jeden Fall gerüstet finden!

Warum triumphiert die Sozialreaktion?

Die beiden letzten Jahren standen für die deutsche Arbeiterschaft im Zeichen eines allgemeinen Niederganges. Wiederholt wurden die Löhne abgebaut, die Sozialleistungen gekürzt und ungeredete Massenbelastungen verhängt. Mit der Schwärzung der gewerkschaftlichen Errungenschaften wurde die Lebenshaltung vieler Arbeiterfamilien auf einen Tiefstand herabgedrückt, wie er seinesgleichen nur in Verhältnissen des vorigen Jahrhunderts findet.

Verursacht wurden diese Niedergangsercheinungen zu einem großen Teil durch die Wirtschaftskrise. Der Rückgang der Produktion, die Schrumpfung des Volkseinkommens, das Sinken des Beschäftigungsgrades und andere Merkmale wirtschaftlichen Niederganges machten an dem Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft nicht halt. Aber neben diesen mehr z w a n g s l ä u f i g e n Auswirkungen des wirtschaftlichen Niederganges spielten die m a c h t p o l i t i s c h e n Verhältnisse keine geringe Rolle. Sind es doch gerade die Machtverhältnisse, die im Rahmen der Wirtschaftsmisere den G r a d sozialer und wirtschaftlicher Verschlechterungen bestimmen. Von dem politischen und gewerkschaftlichen Kräfteverhältnis hängt es ab, inwieweit man den Befehl schon und die Krisenlasten rückwärts der Arbeiterschaft ausbüdet. Von den Machtverhältnissen hängt es ab, ob durch eine sozial gerechte Verteilung der Arbeit und des Einkommens eine möglichst gleichmäßige Lastenverteilung angebahnt oder höchst einseitige, unsoziale Maßnahmen diktiert werden.

Wie sieht es aber mit den Machtverhältnissen in Deutschland aus? Soweit das politische Kräfteverhältnis in Frage kommt, sei zunächst auf den prozentualen Anteil der Linksparteien in den Parlamenten verwiesen. An der politischen Mandatszahl gemessen, erreichten die deutschen Linksparteien im Jahre 1919 den Höhepunkt ihrer politischen Macht. Damals, im Jahre 1919, bei der Wahl zur Nationalversammlung, verfügten die Arbeiterparteien über 44,2 Prozent der Mandate. Annähernd der gleiche Stand, und zwar 42 Prozent, wurden

dann im Jahre 1928 bei der Reichstagswahl von der SPD. und der KPD. zusammen wieder erreicht. Bei der letzten Reichstagswahl dagegen (Juli 1932) erzielten beide Parteien nur noch 36,7 Prozent. Der prozentuale Anteil der Linksparteien an der parlamentarischen Mandatszahl ist demnach von 44,2 Proz. im Jahre 1919 auf 36,7 Prozent im Jahre 1932 zurückgegangen.

In der gleichen Zeit, in der die politische Machtposition der deutschen Arbeiterschaft durch den Rückgang der Linksparteien geschwächt wurde, erzielten die Rechtsparteien einen rapiden Aufschwung. So erhielten die Rechtsparteien im Jahre 1919 nur 10,4 Prozent, bei der diesjährigen Reichstagswahl aber 45,7 Prozent. Wenn dieser Sieg der Rechtsparteien auch in erster Linie auf den Zusammenbruch der bürgerlichen Mittelparteien zurückzuführen ist, so stellt der Vormarsch der Rechtsparteien doch ein sehr beachtliches Symptom dar. Ein großer Teil der furchtbaren und ungerechten Verschlechterungen, die wir gegenwärtig erleben, ist nur eine Folge dieser veränderten Machtverhältnisse, ist eine Frucht des Vormarsches der Rechtsparteien.

Der größte Teil des deutschen Volkes und damit der Wählerbestand besteht aber bekanntlich aus Arbeitnehmern, so daß die Sozialreaktion, die wir gegenwärtig in Deutschland erleben, von der Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade selbst verschuldet ist. Hinzu kommt, daß die KPD. als eine Linkspartei bisher eine parlamentarische Mitarbeit ablehnte und durch ihren gehässigen Kampf gegen die Gewerkschaften und die SPD. ihre politische Machtquote nicht in den Dienst einer deutschen Arbeiterpolitik stellte.

Wie sieht es nun, abgesehen von den politischen, mit den gewerkschaftlichen Machtverhältnissen aus? Sehr bezeichnend dafür sind einige Auslassungen in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 21. September. Darin heißt es: „Wir haben in Deutschland rund 16 Millionen erwerbsfähige Arbeiter beiderlei Geschlechts. Von diesen erfassen die freien Gewerkschaften rund 4 Millionen und die christlichen Ge-

wertigkeiten 700 000. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung vertritt daher nicht einmal ein Drittel der Arbeiterkraft.

Diese Feststellungen des schmerzlichsten Sprachorgans sind eigentlich Ohrfeigen für die deutsche Arbeiterkraft. Mehr als zwei Drittel sind unorganisiert! Und gerade diese Unorganisierten sind es, die die Gewerkschaften immer wieder kritisieren und für die unzureichenden Erfolge allzu gerne die Gewerkschaftsfunktionäre verantwortlich machen wollen. Im Kreise dieser Märgler und Kritiker fehlen natürlich nicht die Anhänger der RGD., die unablässig bemüht sind, den Arbeitern klarzumachen, daß es ihnen nur so schlecht geht, weil die Gewerkschaften nicht kämpfen wollen, sondern freiwillig alles preisgeben, die Arbeiterinteressen „verraten“ usw. Wo aber die wirklichen Ursachen liegen und daß die Unternehmerorgane die Gewerkschaften wegen ihres mangelhaften Mitgliederstandes förmlich verhöhnen, zeigen diese antigewerkschaftlichen Querulanten nicht.

Um so mehr muß es die Aufgabe aller ehrlichen Kämpfer und aufrechten Verfechter von Arbeiterinteressen sein, die machtpolitischen Tatsachen und Aufgaben aufzuzeigen. Unbestreitbare Tatsache aber ist, daß, wie dargelegt, die Rechtsparteien in den letzten Jahren einen rapiden Aufschwung zu verzeichnen hatten, dessen reaktionäre Folgen die Arbeiterschaft täglich zu spüren bekommt. Tatsache ist aber auch, daß infolge sträflicher Bauheit und politischer Dummheit vieler Blindgänger die politische und gewerkschaftliche Machtposition der deutschen Arbeiterschaft nicht so ist wie sie sein müßte, um alle reaktionären Mächtschichten erfolgreich abzuwehren.

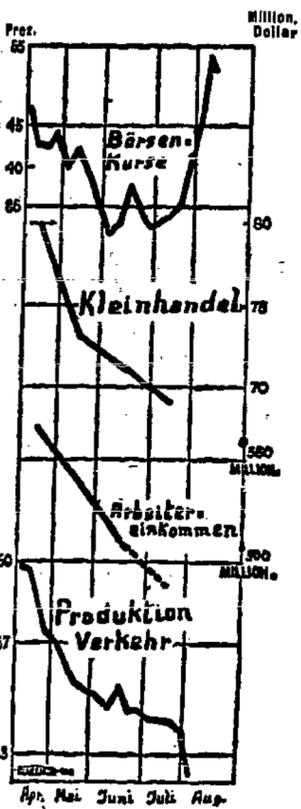
Für jeden Klassenbewußten und freiheitsgewillten Arbeiter gibt es daher nur eine Aufgabe: mit aller Kraft dafür zu wirken, daß die Mängel und Schwächen beseitigt und endlich die machtpolitischen Voraussetzungen geschaffen werden, die zum Siege der Arbeiterschaft über die reaktionären Kräfte unbedingt erforderlich sind!

Wirtschaftswende in Amerika?

Seit ein paar Wochen ist die kapitalistische Welt wieder guten Mutes. An die Stelle ihrer Untergangsstimmung ist Optimismus getreten. Sie steht den wirtschaftlichen Himmel wieder voller Bahgeigen. Der Sauerstoff zu diesem Hochgefühl ist von der Wall Street gekommen. Dort, an der Neuyorker Börse, sind die unerhört tief gesunkenen Wertpapiere vom vorletzten Sonntag bis zur Auguſtmitte um 63 Punkte hochgeschossen. Außerdem sind die Preise für einige Rohstoffe wie Gummi, Baumwolle, Kupfer, Häute und ein paar andern gestiegen. Dem Hochgang der Effektenkurse in Neuyork ist ein wenn auch viel geringerer Hochgang an den Börsen in London, Paris und Berlin gefolgt. In Berlin wie in London ist allerdings schon wieder ein Rückschlag eingetreten. Das aber scheint dem Optimismus keinen Eintrag zu tun. Die große Presse auf beiden Seiten des Ozeans schreibt nach wie vor von einer Wirtschaftswende. Auch die gelehrten Herren wirtschaftlicher Forschungsstellen kommen nach vielem Wimmern und Wägen zu dem Schluß, daß nun aber der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise als überschritten zu betrachten sei. Und die derzeitige deutsche Regierung hat gar schon durch Notverordnung 1 1/2 Milliarden Mark als Vorstoß auf die (vermeintlich) kommende Wirtschaftswende vorgegeben, um die schlummernden Kräfte der Privatindustrie zu wecken.

Wenn man die Wirtschaftswende so allgemein und so sicher meint oder hält, dann müßten dafür, wie man annehmen sollte, auch handgreifliche Beweise vorliegen. Allein, an solchen hapert es bedenklich. Den Ausgangspunkt oder die Grundlage des ganzen Gekue von dem Beginn einer neuen Prosperität bildet die Kurswelle auf dem amerikanischen Geldmarkt, und gerade diese kann und sollte nicht als echter Beweis für den Beginn einer Besserung der Weltwirtschaft angesehen werden. Dies aus ein paar einfachen Gründen.

Die Kurswelle ist einfach und hochgetragen worden durch einen außergewöhnlichen Zustrom von öffentlichen Mitteln. Sie wurden von der Regierung und dem Parlament bewilligt, um Banken und Unternehmen vor dem Zusammenbruch zu retten und gleichzeitig für eine gute Stimmung zu den politischen Wahlen zu sorgen. Der amerikanischen Kapitalistenklasse muß alles daran gelegen sein, daß die Wahlen, die im November stattfinden, keine Veränderung des politischen Systems und seiner Trägerchaft bringen. Denn überall in dem weiten Lande, in den Getreidegebieten wie in den Industriebezirken, gärt es bedenklich. Die rebellierenden Kriegsveteranen konnte man noch mit Tanks und Gasbomben aus Washington vertreiben; die Hungermärsche der Arbeitslosen verdrohte die Polizei mit Sch und Knack auseinanderzutreiben, und es gelang schließlich auch, die heftig drohenden Farmer mit neuen Versprechungen stillzumachen. Wenn das auch weiterhin gelingen soll, dann muß die Staatsgewalt, wie jetzt, in unbedingt sichern Händen bleiben. Und dafür soll durch „gute Wahlen“ gesorgt werden. Dies aber bedingt Geld, gute Stimmung und sogenannte Silberstreifen am Wirtschaftshimmel.



Das Parlament hat daher der Reconstruction Finanz Corporation beträchtliche Summen bewilligt, die sich alles in allem auf 3800 Millionen Dollars belaufen. Diese Corporation, die im Januar 1932 geschaffen wurde, ist die Urche Noah für brüchige Banken und Unternehmen. Ihre Befugnis wurde dann auf die Finanzierung von Arbeitsbeschaffung ausgedehnt, auch auf die Unterstützung von Hilfsbedürftigen. Es versteht sich, daß da, wo so viel Dollarmillionen unter die Leute zu bringen sind, sich die Raben sammeln. Ein Rattenstich von Gesellschaften hat sich gebildet, die Pläne machen, die die Uebernahme des riesigen Leberflusses an Weizen und Baumwolle und den Ankauf von Rohstoffen für die Fertigungsindustrie finanzieren wollen, oder die Kredit für alles mögliche befragen zu können vorgeben, kurz die sich bemühen, der genannten Corporation zu helfen, ihr Geld los zu werden, um den wirtschaftlichen Dalles zu beseitigen. Wenn dermaßen viel Geld zum Vergeben bereit liegt und damit hübsche Reklame gemacht wird, kann es nicht wundernehmen, daß die gedrückte Stimmung weicht und unzählige Kleinkapitalisten ihre Strümpfe und Sparten leeren, um schnell noch von den fabelhaft billigen Wertpapieren zu kaufen. Zu gleichem Zwecke werden beträchtliche Teile der Millionen Dollars verwendet, die über die Banken zur Verfügung der Einleger kommen.

Außer dieser Spekulationswelle ist aber nichts Ernstliches zu sehen, was für den Beginn einer neuen Konjunktur spricht. Die wirtschaftliche Wirklichkeit spricht für das Gegenteil. Die Steigerung der Börsenkurse ist von keiner Steigerung der industriellen Tätigkeit begleitet. In der Zeit, wo die Wertpapiere ihren größten Hochsprung seit 1929 machten, also vom 29. Juni bis Mitte August, sind der Kleinhandel, das Arbeitereinkommen, die industrielle Produktion und der Warenverkehr weiter zurückgegangen. So beispielsweise die Stahlproduktion um 15 Proz., der Kleinhandel um 3 Proz., die Automobilherzeugung um 51 Proz., und der Wohnungsbau um 38 Proz. Außerdem ist die Arbeitslosigkeit noch schlimmer geworden. Der Monthly Survey of Business des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, dem wir diese Zahlen entnehmen, fügt hinzu:

„Die Belebung der Wirtschaft kann nicht von der Spitze her erfolgen. Solange nicht die Produktion zunimmt und die Arbeiter Beschäftigung haben und deren Kaufkraft Aufträge von den Läden zu den Fabriken und von da zu den Farmen und Bergwerken bringt und den Bahnverkehr hebt, solange werden wir keine reale Grundlage für die Belebung der Wirtschaft haben. Die Kaufkraft der Arbeiter, basierend auf Beschäftigung und Verdienst, ist die wirkliche Grundlage. Der Fortschritt war bis jetzt nur bei den Preisen (der Wertpapiere und Rohstoffe). Aber Preise können sich nicht halten, wenn die Nachfrage nach Waren nicht zunimmt. Und diese hängt ab von der Kaufkraft.“

Während dies- und jenseits des Ozeans in einem fort von einer Wirtschaftswende in Amerika geredet wird, gehen die Arbeiterentlassungen weiter und magt kein Fabrikant, mehr zu erzeugen, als der Markt unbedingt fordert. Im Juni wurde die Zahl der Arbeitslosen auf 11 023 000 angegeben, zu denen im Juli noch mehrere Hunderttausend gekommen sind. Mit den Darlehen der Reconstruction Finanz Corporation sind wohl Banken und Industrieunternehmen gerettet, aber noch kein Mann in Arbeit gebracht worden. Der Kredit ist zwar sehr billig geworden, aber es fehlt wegen Mangel an gewinnbringender Verwendung die Nachfrage. Die Tätigkeit der Industrie wird noch flauer, weil die Nachfrage nach ihren Produkten flauer wird. Es ist daher auch unwahrscheinlich, daß die letzten gestiegenen Rohstoffpreise ihre neue Höhe halten werden, zumal die Herstellung dieser Rohstoffe mit ungeschwächtem Eifer weiterbetrieben wird.

Eine Milderung der industriellen Flaute wäre durch einen erhöhten Aufwand von öffentlichen Mitteln für Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung zu bewerkstelligen. Ob es dazu in einem wirksamen Ausmaße kommt, ist noch sehr die Frage. Vorderhand aber ist jedenfalls in Amerika von einer Wirtschaftswende nichts zu spüren. Sie besteht nur in der Dichtung oder im Leitfadens der amerikanischen Wahlpropaganda. Nach einer realen Grundlage sucht man zur Stunde in allen amerikanischen Geschäftsgassen vergeblich.

Aus diesen Zahlen ist zunächst ersichtlich, daß auf dem Eigenkapital im Jahre 1925-26 fast zwei Drittel und das Fremdkapital etwa ein Drittel der arbeitenden Mitarbeiter der acht Konzerne entfielen. Bereits im Geschäftsjahr 1930 hat sich das Bild sehr stark verändert. Durch eine Abnahme des Eigenkapitals um 176 Mill. M. und einen Zuwachs des Fremdkapitals um 452 Mill. M. hält sich das Verhältnis Eigenkapital — Fremdkapital heute in etwa die Waagschale. Hier sind vornehmlich 346 Mill. M. kurzfristige Kredite, welche in den fortsteigenden Rationalisierungsmaßnahmen der Betriebe kostenmäßig betrachtet eine Ver wandlung von Kosten in Abschreibungen und Zinsen bedeuten; diese verschobene Investitionspolitik findet dann natürlich ihren Niederschlag in abgleitender Konjunktur in Belegschaftsabbau und Feuerstichen. Zu dieser ungelunden Kapitalbewegung bemerkt das Institut für Konjunkturforschung folgendes: „Hauptursache der gefährlichen Folgen des Deflationsprozesses der letzten Jahre für alle Schuldner zu vermeiden. Die scharfe Senkung der Preise und anderer Werte hat die Kapitalbeträge der Verbindlichkeiten unberührt gelassen und ihre Verzinsung nur zu geringfügig verringert. Das Gewicht der Schulden lastet darum heute ungleich stärker auf den Schuldnern als noch vor wenigen Jahren und die Verlustgefahr des Eigenkapitals ist und den derzeitigen Schuldenverhältnissen besonders ernst geworden.“ Hier liegt einer der Gründe für den katastrophalen Rückgang der Aktienkurse, die sich wie folgt entwickelt haben:

	1926	1932
Nominalkapital in 1000 M.	1 142 524	1 234 323
Kurskapital in 1000 M.	1 680 109	270 407

Wie hieraus zu ersehen, ist im Laufe der letzten sechs Jahre auf der Seite der Aktienkapitalien allein die acht Konzerne ein Substanzschwind von etwa 1 1/2 Milliarden Mark eingetreten, und nichts kann treffen, der als diese statistischen Zahlen den ungeheuren Werteverfall illustriert, der zu einem charakteristischen Merkmal der privaten kapitalistischen Wirtschaft geworden ist.

Das Institut für Konjunkturforschung errechnet den Zuwachs an Anlagen seit 1925-26 der hier in Frage stehenden acht Montanunternehmen auf insgesamt rund 800 Mill. M. und den Zuwachs an Beteiligungen in dieser Zeit auf rund 160 Mill. M. Mit der Vergrößerung der Produktionskapazitäten ging aber die Produktion selbst immer weiter zurück. Das beweist die folgende Statistik:

	Rohle	Rohls	Roh Eisen	Rohstahl
1927	52 199	15 118	10 007	11 307
1931	38 802	11 113	5 618	6 606

Die rückläufige Bewegung setzte sich im laufenden Jahre auf allen Gebieten fort und immer weitere Teile des Produktionsapparates mußten stillgelegt werden. Die natürliche Folge war eine ständig wachsende Verschlechterung der Liquidität, die z. B. beim Stahlverein Sanierungsmaßnahmen zur dringenden Notwendigkeit machte.

In welchem Maße diese Entwicklung im Beschäftigungsgrad dazu genötigt hat, die Belegschaften abzubauen, geht daraus hervor, daß die acht Konzerne ihre Belegschaften allein in den Jahren 1928-31 um rund 150 000 Arbeiter reduziert haben, während andererseits die Personalausgaben für die Vorstände und Aufsichtsräte eine Veränderung kaum aufweisen.

Die sinnlose Rationalisierung.

Wer ist der Schuldige?

Die ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten privatkapitalistischen Welt wird teils darauf zurückgeführt, daß durch die Rationalisierung, besonders aber die Maschinenisierung und Leptisierung des Wirtschaftsapparates, zuviel menschliche Arbeitskraft erübrigt und damit ausgeschieden worden sei. Zum anderen wird sie damit begründet, daß der sogenannte Rationalisierungs-wahn die Wirtschaftsführer zu großen Fehlinvestitionen verleitet hätte, das heißt, daß sie große Neubauten, neue, modern technisierte Betriebe und Produktionsanlagen, errichtet hätten, die große Kapitalsummen verschlangen, für die nun die Zinsen aufzubringen wären, daß sich aber dann keine Gelegenheit bot, auch die Betriebe auszunutzen zu können, was zur Leberbeschuldung, zu Stilllegung und Bankrott und schließlich in die allgemeine Krise hätte hineinführen müssen.

Soweit die beobachtbaren Tatsachen in Frage kommen, stimmt das tatsächlich. Nun ist nur ein Streit entbrannt darüber, wer denn die Schuld an dieser Entwicklung trage. Und da hört man merkwürdigerweise von den Unternehmern, daß die Gewerkschaften schuldig seien, weil sie durch ihre Lohnpolitik die Unternehmer zu stets neuer Rationalisierung gezwungen hätten. Umgekehrt liegt sich das dann so — und das ist es ja, worauf die Unternehmer anspielen —, daß dann, wenn die Gewerkschaften nicht da wären, wenn sie nicht ständig am die Erhaltung und Erhöhung der Löhne kämpfen würden, daß dann ohne diese Rationalisierung gekommen wäre und alle Arbeiter noch Vollbeschäftigung hätten, also auch keine Arbeitslosigkeit bestünde.

Man hat Menschen, die tatsächlich darauf hereinfallen und das als richtig einsehen. Wir geben deshalb folgendes zur Ueberlegung: Wenn das richtig ist, was die Unternehmer sagen, dann hätten die Löhne in den letzten Jahren vor der Krise nicht steigen dürfen. Dann hätten die Arbeiter die Löhne in Höhe von 4 bis 5 Mark, wie sie nach der Inflation bestanden, behalten müssen. Wer aber der Auffassung ist, daß die Löhne gesteigert werden mußten — und jeder Arbeiter wird wohl gar die Auffassung vertreten, daß sie nicht einmal hoch genug gesteigert wurden —, der wird damit mit einem Male erkennen, daß das Gerede der Unternehmer von der Schuld der Gewerkschaften an der Rationalisierung nur sinnloses Geschwätz ist. Nicht die Gewerkschaften und deren Lohnpolitik sind an der Rationalisierung und der Wirtschaftskrise schuld, sondern die Rationalisierung und die Wirtschaftskrisen sind unermessbare und zwingende Tatsachen, die der privatkapitalistische Konkurrenzkampf und die Sicherung des Profils erzeugen. Der Kampf um den Profit ist es, was zu jener Rationalisierung zwingt, die sich zum Schluß als volkswirtschaftlich unsinnig erweist. Erst wenn die Profitwirtschaft abge schafft ist, hört die sinnlose Rationalisierung auf. In der Gemeinwirtschaft wird rationalisiert, soweit es im Interesse der Bedarfsdeckung als notwendig erscheint, das heißt, wenn tatsächlich mehr Waren verlangt werden. Im Privatkapitalismus als Profitwirtschaft wird rationalisiert, wenn mehr Profit herausgewirtschaftet werden soll, was meistens dann notwendig ist, wenn weniger Waren verkauft werden können, was selbstverständlich zu unhaltbaren Zuständen und Krisen führen muß.

Also nicht die gewerkschaftliche Lohnpolitik ist schuld an der Krise, sondern die privatkapitalistische Profitpolitik. Soldaten Zuständen, wie denjenigen, in denen wir uns jetzt befinden, ein Ende zu bereiten und sie in Zukunft zu vermeiden, ist also nur dann möglich, wenn sich die Menschen unsere Forderung zu eigen machen, an Stelle der Profitwirtschaft die Gemein- und damit Planwirtschaft zu setzen.

Wer das will, der denke daran am 6. November und helfe uns die Sozialdemokratische Partei bei der Wahl stärken, weil sie es ist, die entsprechende Anträge im Parlament gestellt hat und zur Annahme zu bringen sucht.

„Ohne Profit raucht kein Schornstein.“ Was in den Bilderbüchern der Unternehmer nicht steht.

Im Ruhrgebiet ist es üblich geworden, daß die Wertsetzungen neben den Wertzeitungen auch von Zeit zu Zeit anonyme Bilderbücher verteilen. Das letzte Bilderbuch dieser Art trug den Titel: „Ohne Profit raucht kein Schornstein.“ Das vorübergehende war mit der Frage: „Warum arbeitslos?“ betitelt. Daß darin die Tarifverträge und die Gewerkschaften als die Hauptschuldigen an der Wirtschaftskrise erkannt wurden, ist vom Standpunkte der Unternehmer und dieser Zweckagitation selbstverständlich. Diese gesamten „Aufklärungsschriften“ verfolgen den Zweck, die privatwirtschaftlichen Sünden und Fehler zu verdecken. Wie groß und entscheidend jedoch das privatkapitalistische Schuldensystem für die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist, dürften erneut nachfolgende Darlegungen treffend zeigen:

Der ungeheure Wertzusammenbruch bei allen Großkonzernen, wie ihn die Bilanzen des letzten Geschäftsjahres ziffernmäßig ausweisen, illustriert schlagartig die katastrophale Lage unserer Schwerindustrie. Heute zeigen sich mit aller Deutlichkeit die verhängnisvollen Folgen der Fehlleitung von Millionen summen, mit denen man die Umstellung der Werte in der Richtung planloser Ueberindustrialisierung jahrelang durchgeführt hat. Der privatwirtschaftlichen Führung der Unternehmen mit der ständigen Zielsetzung des Profits wurde es vor allem zum Bewußtsein, daß man in der Hauptsache zur Vornahme neuer Investitionen nicht den betriebswirtschaftlich günstigsten und natürlichsten Weg, nämlich den der Selbstfinanzierung,

beschritt, sondern daß man hierbei in grenzenlosem Optimismus auf dem schlüpfrigen Pfad der kurzfristigen Kredite wandelte.

Das Institut für Konjunkturforschung, Abteilung Westen, hat in einer interessanten Bilanzstatistik den Entwicklungsgang während der letzten fünf Jahre der acht führenden rheinisch-westfälischen Montankonzerne einer Analyse nach der finanz- und produktionstechnischen Seite hin unterzogen. Hierbei handelt es sich um folgende Unternehmen: Vereinigte Stahlwerke (Stahltrüff), Mannesmann, Krupp, Höpſ-Köln-Neuesen, Klöckner, Gutehoffnungshütte, Isfeder Hütte und Buderus, deren Produktionsbasis ganz überwiegend im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gelegen ist. Bei der nachfolgenden Betrachtung ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Geschäftskonten vorbenannter Unternehmen zum Teil auseinanderfallen und sich zwischen dem 30. Juni 1931 und dem 31. Dez. 1931 bewegen; weiterhin wird das Gesamtergebnis stark durch die überragende Bedeutung der Ver. Stahlwerke beeinflusst, aber im großen und ganzen lassen sich die allgemeingültigen typischen Züge der konjunkturellen Entwicklung in markanter Weise vor allem in der Bewegung der Kapitalseite erkennen. Die arbeitenden Mittel gestalteten sich wie folgt (in Mill. M.):

	Eigenkapital	Fremdkapital	Summe
1925-26	1954	1126	3080
1930-31	1778	1578	3356

von kurzfristig 341 3080
davon kurzfristig 687 3356

Der 30. Internationale Bergarbeiterkongress in London.

II.

Im Anschluß an die Erledigung des Geschäftsberichts sprach Digne (Frankreich) über den Punkt:

Kampf gegen den Krieg.

Er führte im wesentlichen aus: Auf allen unseren internationalen Kongressen hat diese schwerwiegende Frage auf der Tagesordnung gestanden. Vor zwei Jahren nahm der Krakauer Kongress eine Entschließung an, in der sich die unserer Bergarbeiterinternationalen angeschlossenen Länder zu einem unablässigen Kampf gegen diese furchtbare Geißel verpflichteten und das Büro beauftragten, beim Vorstand der Gewerkschaftsinternationale einen Vorschlag über einen 24stündigen Streik zu machen. Dabei hatten der Verfasser der Entschließung ebenso wie die Delegierten im Auge, daß diese Manifestation der Arbeiterbewegung den festen Willen der Arbeiter zum Ausdruck bringen sollte, alles zu tun, um der Menschheit diesen furchtbaren Schrecken zu ersparen. Ohne diese Maßnahme abzulehnen, ist vielleicht zu überlegen, ob nicht noch andere Mittel gegeben sind oder entwickelt werden können, um für alle Zeiten die Welt von der Möglichkeit eines solchen Unglücks zu befreien.

Solche Mittel bestehen, und es ist Sache der Gewerkschaftsorganisation, ja es gehört zu ihren heiligsten Aufgaben, sie den Arbeitern bewußt zu machen. Sie haben die Pflicht, belehrend und erziehend dahin zu wirken, daß bei allen sich bietenden Gelegenheiten für die Annäherung der Menschheit gearbeitet wird ohne Unterschied der Rasse, für den Frieden!

In moralischer Hinsicht ist die heutige Situation günstiger als vor der furchtbaren Tragödie von 1914. Die Verfasser der Friedensverträge haben die Idee nicht übergehen können, die während des Krieges so viele Menschen ergriffen hat, daß nämlich ein von den Staaten unabhängiges Organ geschaffen werden müsse, das genügend Autorität hätte, um in friedlicher Weise die Konflikte der Nationen zu schlichten. Diese Idee ist in Gestalt des Völkerbundes verwirklicht. Gemäß ist der Völkerbund noch weit davon entfernt, dem Ideal zu entsprechen, das die Gewerkschaftsbewegung von jeher verfolgt hat. Dieses Organ, das regelmäßig Vertreter der kapitalistischen Staaten vereinigt, ist allzuoft geneigt, den Einflüssen nachzugeben, welche gewisse ihm angehörige Staaten ausüben und allzuoft seine eigentliche Aufgabe zu vernachlässigen, die darin besteht, dem Recht und der Gerechtigkeit zu dienen. Trotz aller Unvollkommenheiten und trotz seiner in gewissen Fällen offensichtlichen Ohnmacht, die auf kapitalistische Gebrechen zurückzuführen ist, entspricht der Grundsatz dieser internationalen Einrichtung dem, was unsere Vorkämpfer unermüdet verlangt haben, als sie die Geheimdiplomatie verdammen, die ja für so zahlreiche Konflikte verantwortlich ist. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir die Errichtung dieser internationalen Organe begrüßen. Es ist eine Aufgabe der Arbeiterdemokratie, unaufhörlich um seine Festigung bemüht zu sein, damit es einflußreicher und unabhängiger wird, um seine Friedensaufgabe erfüllen zu können. Darin besteht eins und nicht etwa das geringste der Mittel, die wir zur Verfügung haben.

Welche edle Aufgabe ist es, Menschen zu erziehen, um in ihre Herzen diese große und hervorragende Idee menschlicher Brüderlichkeit zu senken! Können denn Unterschiede der Rasse,

der Kultur, der Sitten ihre Verwirklichung verhindern? Nein! Sollte es nicht möglich sein, das menschliche Wesen zu dieser Verständigung zu bringen? Gewiß wird das möglich sein, wenn die Menschen sich die notwendige Mühe geben und sich nicht täuschen und irreführen lassen von kriegerischen Einflüsterungen. Weil sich die Menschen auf der einen Seite der Grenze denen auf der anderen Seite überlegen glaubten und aus anderen Nichtigkeiten ist einer über den anderen hergefallen, um sich gegenseitig zu töten. Man müßte an der Menschheit zweifeln, wenn man annehmen müßte, daß sie für immer unfähig wäre, zu menschlicheren Zuständen zu kommen. Zweifellos werden wir dabei einen langen Weg vor uns haben, der viel Geduld erfordert.

Zweifellos werden in jedem Lande die bösen Kräfte ein Echo finden, um unsere Friedensaktion aufzuhalten oder gar zu vernichten. Die Militaristen aller Länder, denen der Krieg der einzige Lebensgrund ist, werden nicht verfehlen, den Chauvinismus in ihren Ländern hochzutreiben. Sie werden es verstehen, gefährliche Strömungen entstehen zu lassen, indem sie ehrgeizigen Politikern zur Macht verhelfen, um sie dann zu ihren finsternen Zwecken zu gebrauchen. Bei diesem kriegerischen Bestreben werden sie die Unterstützung der interessierten Fabrikanten von Kanonen und Munition und aller Arten von Todesmaschinen finden.

Um diesen üblen Mächten entgegenzutreten zu können, ist es notwendig, daß wir die Arbeiter auffordern, sich unseren Gewerkschaftsorganisationen anzuschließen, damit der Kampf schonungslos geführt werden kann.

Zur Zeit ist die Abrüstungskonferenz versammelt. Mehr als 50 Länder nehmen daran teil. Das ist schon ein erster Erfolg. Was wird das Endergebnis sein? Ohne etwas über die Ergebnisse voraussagen zu können, erklären wir mit allem Nachdruck, daß uns nichts davon abhalten wird, das Ziel der völligen Abrüstung zu verfolgen. Außerdem müssen wir die Kontrolle über die private Waffenindustrie verlangen. Es ist bekannt, wie sehr dieses Gewerbe zur Zeit die Quelle zahlreicher Konflikte darstellt.

Schließlich ist es unumgänglich, daß es in der politischen und wirtschaftlichen Ebene zu einer noch engeren und vertrauensvolleren Zusammenarbeit zwischen den Völkern kommt. Diese Mittel werden auch beträchtlich zur Entwicklung des Völkerbundes beitragen und werden bestimmt zur Folge haben, daß man ihm die materiellen Mittel gibt, die er heute nicht hat, um ihn in den Stand zu setzen, in friedlicher Weise die Streitigkeiten von Land zu Land zu schlichten.

Wie aus diesem vielleicht etwas zu kurzen Bericht erhellt, hat die gesamte Gewerkschaftsbewegung und so auch unsere Internationale eine bedeutende Aufgabe zu erfüllen. Wie ich schon eingangs sagte, müssen wir unablässig zugunsten der völligen Abrüstung tätig bleiben, ohne auf die Aktionsmittel zu verzichten, die wir in den letzten Jahren ins Auge gefaßt hatten und auf die wir nötigenfalls zurückgreifen können.

Wenn die Menschen dieses Ziel erreicht haben werden, so wird der Krieg in Wirklichkeit verschwunden sein. Dann wird die Menschheit erst in voller Entfaltung leben können. Sie wird dann sicherlich sich auch denjenigen erkenntlich erweisen, die sich dafür geopfert haben. Die Gewerkschaftsbewegung, die Internationale wird diese heilige Aufgabe nicht vernachlässigen.

Grade einen internationalen Ueberblick in dieser Beziehung. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß noch mehr Propaganda gemacht werden muß und Verhandlungen angebahnt werden müssen mit allen Bergarbeitern in entweder noch nicht organisierten oder noch nicht angeschlossenen Ländern. Mit anderen Worten: die Mitgliedschaft muß verstärkt werden durch den Anschluß solcher Bergarbeiterverbände, die noch außerhalb der Bergarbeiterinternationalen stehen, da unsere Parole sein muß: Bergarbeiter der Welt, organisiert euch und schließt euch der Bergarbeiterinternationalen an!

Würde eine Umbildung der Bergarbeiterinternationalen in zwei Fachgruppen von Vorteil sein?

Natürlich wäre es übertrieben, ohne die Frage näher untersucht zu haben, anzunehmen, daß es möglich sein würde, alle Bergarbeiter der Welt in naher Zukunft zu organisieren und der Bergarbeiterinternationalen anzuschließen. Das wollen wir also nicht annehmen, weil es eben keine leichte Sache ist und wir die Schwierigkeiten ja durchaus kennen. Wir nehmen jedoch an, daß es der praktischen Politik unserer Internationale einfließen wird, dahin zu gelangen, wenn sie in der Lage ist, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und wir glauben, der erste praktische Schritt auf diesem Wege ist die Errichtung von zwei Fachgruppen der Bergarbeiterinternationalen.

Die Umbildung unserer Organisationen in dieser Weise würde die Internationale instand setzen, sich mehr mit den besonderen Berufsinteressen der verschiedenen Arten von Bergarbeitern zu beschäftigen und würde außerdem die Propaganda und die Verhandlungen mit den nicht angeschlossenen Verbänden sicherlich erleichtern.

Wenn man weiter darüber nachdenkt, so wird man sich fragen, warum in den Jahren vor dem Krakauer Kongress 1930 jellen andere als Kohlenbergarbeiterfragen erörtert worden sind. Zweifellos hat es dafür Gründe gegeben, daß solche Fragen nicht zur Erörterung gestellt worden sind. Ein Grund ist unserer Meinung nach der, daß es in der Tat in der Welt nicht ein „Metallbergbauproblem“ gegeben hat, wie es beispielsweise ein „Kohlenproblem“ gibt. In unserer Internationale haben und werden auch weiterhin die Kohlenfragen vorherrschen, bis das Kohlenproblem in einer für die Kohlenbergarbeiter zufriedenstellenden Weise gelöst ist. Ein derartiger Standpunkt ist vollkommen in Ordnung und liegt auch ganz in der Linie der praktischen Absichten unserer Internationale. Dazu ist weiter nichts zu bemerken.

Es steht also fest, daß, weil ein sogenanntes Metallbergbauproblem nicht im gleichen Sinne wie ein Kohlenproblem bestanden hat, unsere Internationale sich nicht im gleichen Maße mit diesen Fragen befaßt hat. Dennoch müssen noch weitere Gründe vorliegen, daß man sich bisher im wesentlichen kaum mit anderen als Kohlenbergarbeiterfragen beschäftigt hat, obwohl doch solche anderen Fragen bestehen. Die Untersuchungen zeigen uns klar, daß wir heutzutage ein Erzproblem haben, das ebenso umfassend ist wie das Kohlenproblem.

Empfinden die Bergleute die Notwendigkeit, sich der Berufsinternationale anzuschließen?

Wenn man der Frage weiter nachgeht, weshalb andere als Kohlenfragen in der Bergarbeiterinternationalen bisher nicht behandelt worden sind, so wird man festzustellen haben, daß die verschiedenen Landesverbände der Eisen-, Salz-, Zinn- und Kupfererz- und der Kalibergarbeiter wohl nicht sehr überzeugt gewesen sind, daß sie viel erreichen, wenn sie ihre Fragen in der Internationale vorbringen. (Wir möchten feststellen, daß der schwedische Bergarbeiterverband nicht so gedacht hat.) Weil eine Reihe von Bergarbeiterverbänden die Dinge so betrachtet hat, werden sie nicht die Notwendigkeit empfunden haben, zur Berufsinternationale zu gehören. Wenn man die Frage aufwirft, wieviel sie zu dieser Meinung gekommen sind, so würde man in erster Linie sagen müssen, daß sie selbst nicht versucht haben, ihre Probleme vor die Internationale zu bringen und in zweiter Linie, daß sie die Auffassung gehabt haben, daß sich die Bergarbeiterinternationalen ausschließlich mit Kohlenfragen befaßt. Das ist jedoch, wie wir wissen, ein Mißverständnis und wir geben gern zu, daß seit dem Krakauer Kongress unsere Internationale sich stets auch mit Erzbergarbeiterfragen beschäftigt hat, jedoch scheinen die meisten der verschiedenen Erzbergarbeiter selbst kein großes Interesse an der Arbeit unserer Internationale zu nehmen.

Ist es eine zufällige Interesslosigkeit?

Wir glauben nicht, daß eine derartige Interesslosigkeit zufällig ist, doch muß der Grund, warum sie nicht viel Interesse an der internationalen Arbeit haben, darin liegen, daß sie meinen, die Internationale hätte keinen Zweck. Unserer Ansicht nach kann man keine anderen Schlüsse ziehen.

Gute Ergebnisse hängen in erster Linie von der Aktivität der Landesverbände ab. Man darf nicht unbeachtet lassen, daß die Bergarbeiterinternationalen nicht viel erreichen kann, ohne den Willen und die Aktivität der einzelnen Organisationen selbst. Was die Internationale jedoch tun könnte, wäre die Unterstützung dieser Aktivität, indem sie — wie bereits erwähnt — zwei Fachgruppen innerhalb der Internationale gründete. Dadurch wäre es der Bergarbeiterinternationalen möglich, die betreffenden Bergarbeiter zu überzeugen, daß sie in der Tat die Möglichkeit haben, ihre speziellen Fragen selbst in allen Einzelheiten innerhalb unserer Internationale behandelt zu sehen. Wenn sie hiervon überzeugt werden, haben sie wenigstens keine Ausreden mehr und wir glauben, daß die Arbeiter in den Erzgruben der ganzen Welt recht bald für eine engere Mitarbeit in der Bergarbeiterinternationalen gewonnen werden könnten.

Schlussfolgerungen.

Die Folgerungen, die wir aus diesen ganzen Feststellungen zu ziehen haben, können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. die Notwendigkeit, noch mehr organisierte Arbeit in mehreren Ländern vorzunehmen;
2. die Notwendigkeit der Hilfe von Seiten der Bergarbeiterinternationalen für mehrere Länder;
3. die Notwendigkeit eines besseren internationalen Berufszusammenchlusses.

Die Lage im Eisenerzbergbau

behandelte als fünften Punkt der Tagesordnung Edward Mattson (Schweden):

Der wichtige Beschluß des Krakauer Kongresses 1930 bezüglich der Frage der Erzbergarbeiter gab Veranlassung zu einer Untersuchung der Lage der Arbeiter in den Eisenerz- und Kalibergwerken. Diese Untersuchung ist vorgenommen worden und ist kürzlich im Jahre 1932 durch eine weitere Untersuchung ergänzt worden. Es geht aus den Berichten hervor, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise die Eisenerzländer so stark ergriffen hat, daß die Arbeitsbedingungen in diesem Wirtschaftszweig in geradezu furchtbare Weise verschlechtert worden sind und eine große Arbeitslosigkeit eingetreten ist.

Angesichts dieser zunehmend schwierigen Lage in den einzelnen Ländern ist es natürlich in erster Linie Sache der angeschlossenen Landesverbände, dann aber auch eine Aufgabe der Bergarbeiterinternationalen, hier Mittel und Wege zur Abhilfe zu finden versuchen. In dieser Hinsicht sehen wir als geeignetes Mittel für die nächste Zukunft wie in der Vergangenheit die bewährte und noch zu verstärkende Gewerkschaftsarbeit in Gestalt von Tarifabschlüssen über Löhne, Arbeitszeit, sonstige Arbeitsbedingungen, bezahlten Urlaub usw. In dieser Hinsicht möchten wir die Bedeutung des Kampfes um den Tarifvertrag besonders unterstreichen, da Tarifverträge an und für sich einen großen und auch moralischen Wert besitzen und außerdem auch auf die unorganisierten Arbeiter Einfluß ausüben.

Dabei muß man unserer Meinung nach aber immer das Endziel der Gewerkschaftsbewegung im Auge behalten, das auf die Eroberung, Bewahrung und schließlich Inbetriebnahme der Produktionsmittel und des Verteilungsapparates der Wirtschaft durch die Arbeiter gerichtet ist. Auf dieses Endziel muß unser Tun und Handeln immer ausgerichtet sein. Wenn das der Fall ist, darf auch heute und in der Zukunft die Arbeiterklasse Vertrauen zu ihrem Wirken haben.

Außer der erwähnten Gewerkschaftsarbeit wollen wir noch als weiteres Mittel die Beeinflussung und Verbesserung der Sozialgesetzgebung bezeichnen zur Verbesserung der Alterspensionen, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.

Was gegenwärtig getan werden kann.

Wenn wir jetzt auf die spezielle Eisenerzbergarbeiterfrage eingehen, so wollen wir darauf hinweisen, daß die Untersuchungen die unheilvolle Tatsache zeigen, worauf auch der Kongress sein größtes Augenmerk richten sollte, daß ein sehr hoher Prozentsatz von unorganisierten Erzbergarbeitern vorhanden ist. Er beträgt nicht weniger als 50 Prozent. Daraus geht, wie man annehmen muß, eine gewisse Schwäche der betreffenden Landesorganisationen hervor, worüber gesprochen werden muß. Zweifellos handelt es sich hier um ein sehr ernstes Problem, das man aber entschlossen in Angriff nehmen muß, wie groß auch die Schwierigkeiten sein mögen. Die organisierte Arbeiterklasse hat in der Vergangenheit manche schwierigen Probleme gelöst und das muß auch in diesem Fall gehen. Da braucht man nicht lange noch zu überlegen, weil in Wirklichkeit ja nichts weiter zu tun ist, wie an die wirkliche Arbeit zu gehen, das heißt also, wirkliche Agitations- und Organisationsarbeit vorzunehmen, die in erster Linie durch die Landesverbände selbst und zusätzlich durch die Unterstützung der Bergarbeiterinternationalen getan werden muß.

Was in dieser Hinsicht die angeschlossenen Organisationen tun können, ist schon aufgezeigt worden, so daß darüber nichts mehr zu sagen ist, weil jede Organisation wohl am besten weiß, welche Methoden dabei die nützlichsten und wirksamsten sind.

Es bleibt jedoch noch zu prüfen, welche praktische Unterstützung dabei die Bergarbeiterinternationalen leisten kann. Die Internationale hat große Aufgaben zu erfüllen und schon die Ausführung des Krakauer Kongressbeschlusses von 1930 hat uns überzeugt, daß die Bergarbeiterinternationalen in der Lage sind, eine gute Unterstützung zu leisten. Wir nehmen an, daß die Internationale auf diesem Wege erfolgreich fortgeschritten wird, wobei wir darüber hinaus eingedenk bleiben wollen, daß es für eine aktive Bewegung praktisch keine Grenzen ihres Wirkens gibt, solange ihr Ziel noch nicht erreicht ist.

15 Landesorganisationen sind der Bergarbeiterinternationalen angeschlossen.

Wir bitten das nun zu Sagende nicht mißverstehen oder als eine negative Kritik auffassen zu wollen, da das nicht in unserer Absicht liegt. Wir wünschen im Gegenteil in einer möglichst ernsten Art die Möglichkeiten für einen weiteren praktischen Fortschritt sowohl für die angeschlossenen Organisationen als auch für die Bergarbeiterinternationalen selbst zu erörtern. Wenn der Londoner Kongress eine Entscheidung in dieser Richtung treffen würde, so würde sie uns, wie schon der Krakauer Beschluß es tat, eine weitere Festigung bringen, worüber wir uns freuen würden.

Schon in der Einleitung dieses Berichtes haben wir erwähnt, daß nur acht Organisationen den Fragebogen des Internationalen Sekretärs beantwortet haben. Daraus geht eine gewisse Gleichgültigkeit hervor. Ehe darüber etwas weiteres zu sagen ist, möchte ich zugunsten unserer Internationale bemerken, daß in den 27 Ländern, die der Gewerkschaftsinternationalen angeschlossen sind, 15 Bergarbeiterorganisationen bestehen und daß alle diese 15 Organisationen der Bergarbeiterinternationalen angeschlossen sind. Das sind die Bergarbeiterverbände: Österreich, Frankreich, Belgien, Deutschland, Großbritannien, Holland, Amerika, Ungarn, Luxemburg, Polen, Rumänien, Spanien, Schweden, Jugoslawien und Tschechoslowakei.

Außer den angeschlossenen 15 Landesverbänden gibt es verschiedene Arten von Bergarbeiterorganisationen in 14 anderen Ländern, so in: Nord- und Süd Afrika, Brasilien, Chile, China, Belgisch-Kongo, Britisch-Indien, Japan, Mexiko, Norwegen, Neu-Seeland, Portugal, Australien und Rußland.

Propaganda und Verhandlungen mit nicht angeschlossenen Verbänden.

Die erwähnten vorbereitenden Untersuchungen geben, soweit die Eisenerzindustrie in Betracht kommt, zu einem gewissen

40. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 25. Sept. bis 1. Oktober 1932

Woche

Entschliebung zum Geschäftsbericht.

Zur Frage des Kohlenproblems und der Arbeitszeit im Bergbau faßte der Kongreß folgenden Beschluß:

Kohlenproblem.

Der Internationale Bergarbeiterkongreß stellt fest, daß die Genfer Beratungen über das Kohlenproblem zur Herbeiführung einer internationalen Kohlenvereinbarung infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer und der Latenzlosigkeit der Regierungen zu keinem Ergebnis geführt haben.

Er macht die Unternehmer und die Regierungen vor der öffentlichen Meinung der Welt für dieses Versagen verantwortlich.

Dabei verschärft das Kohlenproblem sich nicht nur infolge der allgemeinen Krise, sondern auch infolge der tiefgreifenden Veränderungen auf dem Gebiete der Technik.

Unter diesen Umständen ist eine internationale Regelung unumgänglich notwendig, wenn eine weitere gefährdende Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter vermieden werden soll. Angesichts der feindseligen Haltung der Unternehmer und der Regierungen ist der Kongreß der Auffassung, daß durch die Nationalisierung des Bergbaues Abhilfe geschaffen werden muß und fordert alle angeschlossenen Organisationen auf, eine energische Aktion zur Verwirklichung dieser Forderung einzuleiten.

Arbeitszeit.

Der Internationale Bergarbeiterkongreß erinnert an die Entschliebungen seiner vorhergehenden Tagungen, worin die Ratifizierung des Genfer Abkommens, das die tägliche Arbeitszeit in den Gruben auf 7 1/2 Stunden begrenzt, gefordert wird.

Er protestiert mit allen Kräften gegen die Haltung der Regierungen, die die Ratifizierung dieses Abkommens verhindern haben.

Er lenkt die besondere Aufmerksamkeit der Regierungen der sieben großen Bergbauländer auf die fortgesetzte Verschärfung der kohlenwirtschaftlichen Situation. In dieser Beziehung bilden die jüngsten Ereignisse in mehreren beteiligten Ländern für alle eine ernste Warnung.

Der Kongreß fordert daher nochmals mit Nachdruck die Ratifizierung des Abkommens von 1931 über die Arbeitszeit im Bergbau.

Der Kongreß ersucht das Internationale Arbeitsamt, seine Bemühungen um die Einberufung einer neuen Konferenz der in den Abkommen genannten Regierungen nachdrücklich fortzusetzen. Er ruft die angeschlossenen Organisationen auf, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß diese Forderung ohne weiteren Verzug verwirklicht wird.

Er macht sich die Forderung der Gewerkschaftsbewegung nach einer vierzigstündigen Arbeitswoche in allen Industrien völlig zu eigen, ohne damit seine Forderung nach der Siebenstundenschicht im Bergbau aufzugeben.

Um der öffentlichen Meinung den dringlichen Charakter dieser Forderungen der Bergarbeiterinternationalen nahezubringen, beschließt der Kongreß die Abhaltung großer Massensammlungen in allen Ländern am 4. Dezember 1932.

Entschliebung zum Kampf gegen den Krieg.

Der Kongreß stimmt dem Bericht über den Kampf gegen den Krieg in seinem vollen Umfange zu. Er verlangt mit allem Nachdruck von den Regierungen die progressive und gleichzeitige Herabsetzung der Rüstungen, und zwar in dem Maße, wie die am meisten abgerüsteten Länder. Er hält es im Interesse der Völker und der Menschheit für erforderlich, daß die erste Abrüstungskonferenz wiederholt wird, um endlich zur völligen Abrüstung zu gelangen.

Der Kongreß unterstreicht die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der Völker auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, wodurch gleichzeitig dem Völkerbund die Mittel gegeben werden, um seine wirkliche Friedensaufgabe zu erfüllen.

Der Kongreß verpflichtet sich, alle seine Kräfte gemeinsam mit der Gewerkschaftsinternationalen für den endgültigen Frieden einzusetzen.

Entschliebung zur Lage im Erzbergbau.

Es soll ein kleiner Sachausschuß gebildet werden, der jeweils vor den internationalen Komiteesitzungen zusammentritt und die Angelegenheiten der Rast- und Erzbergarbeiter vorbereitet, die dann vom Komitee geprüft werden, das darüber befindet und endgültig beschließt.

Am Grabe von Karl Marx.

Der deutschen Delegation zum 30. Internationalen Bergarbeiterkongreß in London stand ein besonderes Erlebnis bevor, als sie zu dieser Tagung reiste. Von der Delegationsführung war nämlich ein Besuch am Grabe des großen Altmeisters des Sozialismus, Karl Marx, vorgesehen worden, der in London auf dem Friedhof von Highgate begraben liegt.

Schon am ersten Kongreßtag, am Nachmittag des 13. September, bot sich Gelegenheit, den beabsichtigten Besuch durchzuführen. Am Tagungslokal, Kingsway Hall, war Sammelplatz. Neben den deutschen Kameraden schlossen sich noch einige tschechische und österreichische an, die sich diese Gelegenheit ebenfalls nicht entgehen lassen wollten. Ein großer Omnibus diente als Beförderungsmittel, wodurch den Mitfahrern Gelegenheit geboten wurde, durch eine Fahrt quer durch London von sicherem Hort aus den einzigartigen Straßenbetrieb dieser Weltstadt kennenzulernen. Nach etwa halbstündiger Fahrt zeigte sich, plötzlich aus dem Häusermeer auftauchend, links von uns sich verdrängendes Baumgrün, aus dem da und dort weiße Grabdenkmäler hervorleuchteten. Es war der Totenhain, in dem der große Lote, dem unser Besuch galt, zu seinem letzten Schlaf gebettet war.

Als wir dem Omnibus entstiegen waren und vor den Haupteingängen zum Friedhof standen, waren wir alle überrascht von der künstlerischen und reichen Pracht, die die Steinmonumente der Gräber, soweit sie von unserem Standort aus zu überschauen waren, darboten.

Die feierliche und still-besinnliche Stimmung, in die uns dieser erste Anblick versetzte in der Voraussetzung, daß auch unser Altmeister in gleich würdiger Weise wie die vor uns liegenden Toten gebettet sei, wurde gleich dadurch etwas gestört, daß uns der Friedhofswärter aufmerksam machte, daß ein Photographieren des Grabes nicht gestattet sei. Auf die Frage: „Weshalb?“ hörten wir, daß der Enkel von Karl Marx das verboten habe.

Dieser Sachverhalt stimmte uns etwas trübe, da natürlich alle Teilnehmer schon als etwas besonders Erlebnenswertes und Erinnerungswürdiges angenommen hatten, am Grabe von Karl Marx photographiert werden zu können und ein solches Bild als seltsames Gut mitzubekommen. Die uns wenigstens so scheinende unverständliche Anordnung des Enkels von Marx hatte diese Vorfreude aber nun gründlich zerstört. Da sich auch der Wärter nicht zu einem zustimmenden Entschluß glaubte aufrufen zu dürfen, gingen wir auf die Suche nach der Ruhestätte unseres Vorkämpfers, um ihm zu Ehren dort einen Kranz niederzulegen.

Je weiter wir in dem Gräbermeer vordrangen, desto größer wurde mit der äußeren Veränderung des Friedhofsbildes auch der Wechsel unserer inneren Stimmung. Die reichen und prachtvollen Grabmonumente wurden nämlich immer spärlicher und wichen immer mehr einfachen und schlichten Steinen, bis wir schließlich merkten, daß wir zuerst den Friedhof der Reichen, der Bourgeoisie vor uns hatten und durchschritten, während wir nun allmählich zu dem Arme-Leute-Friedhof vordrangen.

Diese Veränderung wurde immer drastischer, bis wir schließlich in ein Viertel kamen, in dem alle Gräber mit dem gleichen einfachen Grabstein geschmückt waren. Unzweifelhaft, daß wir hier, im Vergleich mit dem „vornehmen“ Teil, das „Proletarier-viertel“ vor uns hatten, in dem auch er, der Kämpfer für Gerechtigkeit und Zukunft des Proletariats, zu dem er mit all seinem Kiefendenken und mit seinem Zielstreben während seiner Lebenszeit stand, sich auch zum ewigen Schlummer betten ließ.

Diese Feststellung hob ihm unsere Herzen noch viel höher entgegen und ließ, im Vergleich mit der Größe dieser idealistischen Wertmüßlichkeit der Verbundenheit dieses geschichtlich Großen mit der Klasse der Vermittler, die vorher von uns bewunderte Pracht der Grabmonumente auf den Gräbern der Reichen wie lächerlichen Füllter und Tand erscheinen. Und das Gefühl der Verwunderung und des Staunens beim ersten Anblick jenes äußerlichen Landes schlug jetzt um in große Verehrung und Dankbarkeit demjenigen gegenüber, dessen Grab uns da drüben aus dem einfachen Gleichbild der Gräber entgegenzuwinken schien.

Ohne jeglichen Schmuck lag es da, mit schlichtem Rasen bewachsen, auf dem eine einzige halbverblühte Blume stand. Nicht einmal ein Stein zierte das Kopfende, an dem statt dessen ein Metallkasten stand, der, hinter Glas, einen einfachen Kranz mit einer Widmung an den Toten enthielt, wahrscheinlich von einer russischen Delegation bei einer Gelegenheit dort hingebracht.

Nun kam als nächster und neuer Schmuck unser Kranz hinzu, den eine Schleife zierte mit der Aufschrift: „Dem unvergesslichen Vorkämpfer. — Die deutsche Delegation zum 30. Internationalen Bergarbeiterkongreß, London, 1932.“ Unserem Vorgesetzten Husemann war die Aufgabe zugefallen, die Kranzniederlegung vorzunehmen und damit eine kleine Widmung zu verbinden. Die Zeremonie wurde von einem tschechischen Kameraden geleitet, der, trotz scharfer Kontrolle durch den Friedhofswärter, hinter den Kameraden versteckt, eine Aufnahme vom Grabe mit dem niedergelegten Kranz zu machen. Mit dem Bilde will er seinen Freunden zu Hause zeigen, daß hier einer der Größten der Menschheitsgeschichte ruht an einer Stätte, deren Äußeres gleich schlicht und einfach ist wie die letzte Ruhestätte irgendeines Lohnarbeiters auf irgendeinem anderen Massengrab.

Massengrab? Das Wort klingt etwas profan, trifft aber, wenigstens auf das Viertel, in dem Karl Marx hier auf dem Friedhof von Highgate ruht, buchstäblich zu. Wenige Meter von seinem Grabe entfernt sahen wir nämlich Massengräber im wahrsten Sinne des Wortes. Fünfzehn, zwanzig kleine Holzkreuze und Namensschilder stehen dort auf einem einzigen Grabhügel zusammen. Wir dachten zuerst an eine Aufbereitung des Friedhofs und eine Zusammenstellung der Kreuze eingebrochener Gräber. Voller Staunen mußten wir uns aber von dem Fried-

hofswärter belehren lassen, daß dem keinesfalls so sei, sondern daß es sich um Lote armer Hinterbliebener handle, die nie in der Lage waren, ihren teuren Verstorbenen eine eigene Grabstätte zu kaufen, was hier, da es sich um einen Privatfriedhof handle, notwendig sei. So tun sich die Armen zusammen und kaufen zu fünfzehn und zwanzig ein einziges Grab, das, in einer Gesamttiefe bis 20 Fuß, nun alle „Beteiligten“ aufnimmt.

In unseren Köpfen beginnen sich Gedanken zu drängen und zu überschlagen und in unseren Herzen sonderbare Gefühle zu regen: Karl Marx — Sozialismus — Proletariat — Solidarität — Freiheit und Menschlichkeit — Aufstieg — Klassenkampf — Internationalen.

Wirklich, diese Stätte atmet plötzlich alles, was um diese Menschen in der Geschichte lebt und was er in sie hineingeworfen hat. Wir fühlen, daß uns hier ein großes, für die meisten der Teilnehmer einzigartiges und vielleicht auch nur einmaliges Erlebnis zuteil wurde. Aus dieser Stimmung heraus fand dann auch unser Kamerad Husemann seine Worte, die er als

Widmung an den toten Karl Marx

bei der Kranzniederlegung sprach und von denen wir folgendes festhielten:

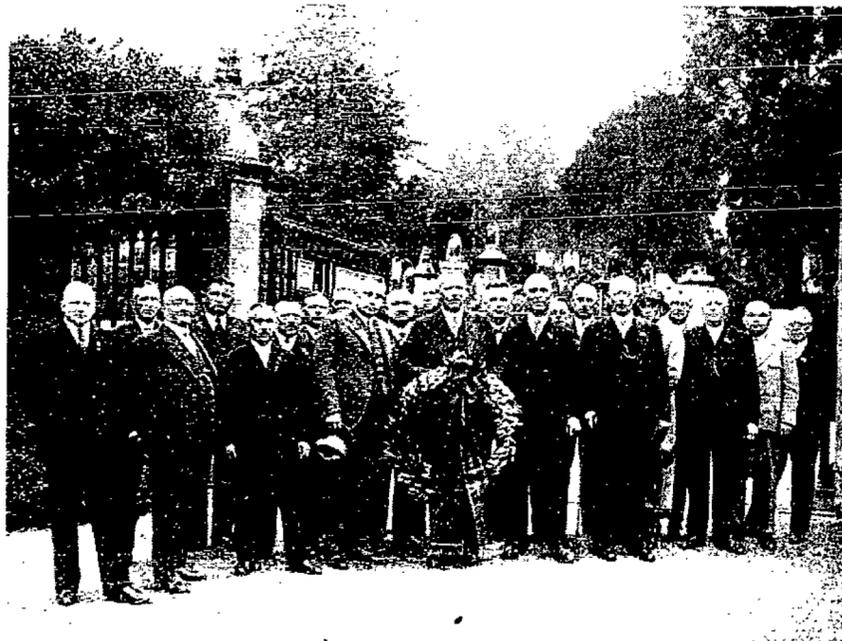
Liebe Kameraden, Genossen! Wir haben es für eine Ehre empfunden, unseren Londoner Aufenthalt mit einer Ehrung des Mannes zu verbinden, dessen geistiges Werk heute noch in der deutschen und in der internationalen Arbeiterbewegung lebendig ist. Wenn wir heute im Namen der deutschen Delegation am Grabe unseres unvergessenen Vorkämpfers einen Kranz niederlegen, so bringen wir mit dem Grabe aller deutschen Freigewerkschafter unsere Verbundenheit mit dem Gedankengut von Karl Marx, mit seinem Idealismus, mit seinem Kämpfermut, aber auch mit seiner unbestechlichen Sachlichkeit im Erkennen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zum Ausdruck.

Karl Marx war Kämpfer und Streiter zugleich, als Kämpfer und Erwecker des Proletariats von einer Eindringlichkeit, die heute noch seine Parolen gültig sein läßt: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“

Marx hat den Arbeitern aber auch den Weg gewiesen, um zu diesem großen, völkerbefreienden Ziele zu gelangen, den Weg des Zusammenstufens, den Weg der Organisation. Wie aktuell ist doch das Wort von Marx, das er bei der Eröffnung des ersten internationalen Arbeiterkongresses in Paris im Jahre 1862 prägte. Er sagte damals: „Die Arbeiter haben eine große Chance ihres Erfolges in ihrer großen Zahl. Aber die Masse fällt nur in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet.“ Das gilt heute noch.

Wenn wir diesen großen Säemann der Menschheit ehren, so wollen wir damit ein klein wenig von der Dankeschuld abtragen, die die Arbeiter aller Länder, insbesondere aber die deutschen Bergarbeiter seinem Werk gegenüber haben. Marx war Deutscher, ein Kind des deutschen Idealismus. Er hat den Arbeitern Ideale gegeben und ihnen damit in ihrem dunklen Dasein Lichter aufgesteckt, die erst ihren Leben Bedeutung verleihen. Deutschland hat es ihm nicht gedankt, sondern ihn des Landes verwiesen. Marx ist Deutscher auch in der Fremde, auch in der Not geblieben. Als Marx der 1818 geboren wurde, im Jahre 1883 starb, da bedeutete sein Tod kein Ende, sondern einen Anfang. Der Samen, den er ausgestreut hat, ist aufgegangen. Dieser Acker müssen wir immer wieder von neuem bestellen, damit er Licht werde in den Köpfen und Sinnen der Arbeiter und der Menschheit. Dafür zu streiten, ist ein guter Kampf. Karl Marx hat ihn uns vorgekämpft; mehr als eine Generation nach ihm haben diesen Kampf weitergekämpft und noch künftige Geschlechter werden ihn kämpfen, bis unter dem Banner des Sozialismus der Menschheit Frieden und Freiheit werde.

Dir, Karl Marx, gilt der Gruß der deutschen Bergleute „G l ü c k a u f!“



Die deutsch sprechenden Delegierten auf dem 30. Internationalen Bergarbeiterkongreß in London vor dem Friedhofe von Highgate, auf dem sie am Grabe von Karl Marx einen Kranz niederlegten.

Sowjetrussischer Rohhandel mit Privatkapitalismus.

Die internationale Petroleumkonkurrenz spielt auch im politischen Leben eine große Rolle. Die Umstellung vieler Maschinen (Schiff und Eisenbahn) auf Delantrieb verleiht dem Petroleum eine fast gleiche Bedeutung wie der Steinkohle. Man denke darüber hinaus nur an die bedeutende Rolle, die das Petroleum (für die Benzingerwinning) bei der sich stets steigenden Verbreitung des Kraftwagenverkehrs spielt. Kein Wunder also, daß die Delgewinnung treibenden, sowie die in stets steigendem Maße Delverbrauchenden Staaten in ständiger Unterhandlung über die besten Lieferungs- und Bezugsbedingungen stehen. Dabei bilden sich einzelne Gruppen, die gemeinsam mit der Konkurrenz den Kampf führen, um auch dann gemeinsam am erzielten Nutzen zu profitieren.

Neuerdings läßt sich auf diesem Kampfgelände eine an sich eigenartige Gruppierung beobachten, nämlich ein Zusammenarbeiten zwischen Sowjetrußland und dem prototypischen privatkapitalistischen Amerika. Grund? Die Russen wollen sich über diese Zusammenarbeit die Anerkennung der Sowjetunion als

legalen Staat durch die Vereinigten Staaten einhandeln. Sie gehen sogar soweit, um diesen Preis den Amerikanern bzw. verschiedenen großen amerikanischen Delgesellschaften Konzessionen zur Ausbeute von Vorräten im Kaukasus verleihen zu wollen, wenn ihnen dafür die Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten zuteil würde.

Man sieht, daß selbst die Kommunisten und Bolschewisten Rußlands unter Umständen vor den realen Verhältnissen so weit kapitulieren, daß sie sogar davor nicht zurückschrecken, am bolschewistischen Wirtschaftssystem Verrat zu üben und den bereits vertriebenen Privatkapitalismus wieder ins Land hereinzulassen, wogegen sie der deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterführung Verrat vorwerfen deshalb, weil sie noch nicht den Privatkapitalismus restlos ausgerottet hat. Politisch als Agitation und Propaganda ist eben leichter als realpolitisches Wirken, um auch tatsächliche Vorteile für den Arbeiter zu sichern, wobei keineswegs gefast ist, daß das letztere in diesem Falle durch das hier aufgezeigte Unteraufschubprojekt der Russen geschehen könne. Wir halten das Gegenteil für gegeben. Im politischen Jargon der kommunistischen Hegemonie müßte man hier sagen: Die Sowjetmacht habe verlaufen Produktionsbetriebe und ihre Arbeiter an privatkapitalistische Ausbeuter, um sich ihre eigene politische Stellung zu erleichtern.

Notverordnung und Lohnabbau.

Die Reichsregierung hat am 5. September die bekannte Verordnung zum Zweck der Vermehrung der Arbeitnehmerzahl erlassen. Durch diese erhält der Arbeitgeber das Recht, die Tariflöhne für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde um 10 bis 50 Prozent zu senken. Weiter schafft die Verordnung die Möglichkeit, solchen Betrieben, die durch die Erfüllung tariflicher Verpflichtungen gefährdet sind, die Unterschreitung der Tarifverträge bis zu 20 Prozent zu gestatten. Am 14. September hat der Reichsarbeitsminister zum ersten Teil dieser Verordnung noch Ausführungsbestimmungen erlassen. Wie geben im folgenden eine Rechtsübersicht, ohne jedoch die Rechtswirksamkeit der Verordnung bzw. der Ausführungsbestimmungen selbst oder Teile davon einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Auch sollen die Sonderregelungen für Saison- und Landwirtschaftsbetriebe außer Betracht bleiben.

Die verordneten Lohnabbaufrage.

Die Verordnung findet nicht nur Anwendung auf Betriebe im Sinne des Betriebsrätegesetzes, sondern auch auf selbständige Betriebsabteilungen im Sinne der Stilllegungsverordnung. Bezieht sich der Arbeitgeber die Belegschaft in einem solchen Betriebe oder in einer solchen Betriebsabteilung um 5 Prozent, so kann er die Tariflöhne für die 31. bis 40. Arbeitsstunde um 10 Prozent, bei einer Belegschaftsvermehrung von mindestens 10 Prozent um 20 Prozent, bei einer solchen von 15 Prozent um 30 Prozent, bei einer solchen von 20 Prozent um 40 Prozent und bei einer solchen von 25 Prozent um 50 Prozent herabsetzen. Praktisch bedeutet dieses bei einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden eine Herabsetzung des gesamten Tariflohnes um 2,08 bzw. 4,17, 6,25, 8,33 und um 10,42 Prozent. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden beträgt die Lohnsenkung sogar 2,5 bzw. 5, 7,5, 10 und 12,5 Prozent. In Frage kommt immer nur der Abzug vom Tariflohn, nicht aber der vom verdienten Lohn.

Die Ermittlung der durchschnittlichen Belegschaftstärke.

Errechnungsgrundlage für die Neueinstellung von Arbeitnehmern ist die Belegschaftsstärke am 15. August oder die im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932. Von diesen beiden Vergleichsterminen kann sich der Arbeitgeber den ihm günstigsten, d. h. den mit der geringsten Belegschaftsziffer auswählenden. Von der so ermittelten Zahl der Belegschaft sind jedoch in Abzug zu bringen: 1. die nahen Verwandten des Arbeitgebers, 2. die etwa beschäftigten Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, 3. vorübergehend Beschäftigte nach § 441 B.W.O., 4. solche Arbeitnehmer, deren Einkommen ausschließlich oder überwiegend sich aus Provision oder Bedienungsgeld zusammensetzt, 5. Angestellte mit einem Jahresgehalt von mehr als 8400 Mark und 6. Lehrlinge und Volontäre. Dagegen sind solche Arbeitnehmer mitzuzählen, die infolge des etwa eingeführten Krümpersystems die Arbeit planmäßig aussetzen müssen. In allen Fällen ist dabei maßgebend die Durchschnittszahl der Arbeiter oder Angestellten, nicht aber die der beiden Gruppen zusammen.

Die Berechnung der Neueinstellungen.

Auf die so errechnete Belegschaftsstärke baut sich nun der jeweilige Prozentsatz der Neueinstellungen auf. Dabei scheiden jedoch solche neu eingestellte Arbeitnehmer aus, die nicht mindestens 40 Stunden in der Woche, oder wenn die Belegschaft des Betriebes oder der Betriebsabteilung, für die die Neueinstellung in Frage kommt, selbst kürzer arbeitet, die Neueingestellten aber im Durchschnitt jedoch nicht ebenso lange beschäftigt werden. Weiter werden auch solche neu eingestellte Arbeitnehmer nicht mitgerechnet, die für gleichwertige Arbeiten nicht den Tariflohn, oder wo ein solcher nicht besteht, den ortsüblichen Lohn erhalten. Diese Bestimmungen sollen etwaigen Auswüchsen begegnen. Durch die Verordnung war bekanntlich weiter der Arbeitgeber, welcher bereits früher die Arbeit weitgehend gestreckt hatte, wesentlich schlechter bedacht worden als der, der durch Verminderung der Belegschaft in seinem Betriebe eine Vollbeschäftigung ermöglicht hatte. Hier versuchen nun die Ausführungsbestimmungen einen Ausgleich zu schaffen, und zwar durch eine erhöhte Bemessungsgrundlage und durch erhöhte Anrechnung der Zahl der Neueinstellungen. Die erhöhte Bemessungsgrundlage errechnet sich nach dem Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung. Ein

Arbeitgeber, der z. B. die Arbeitszeit im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August von 48 auf 40 Stunden in der Woche, also um ein Sechstel herabsetzen will, muss erst Neueinstellungen von einem Sechstel als Ausgleich vornehmen und darüber hinaus noch die Sätze von 5 bzw. 10, 15, 20 und 25 Prozent, um die Tariflöhne in dem verordneten Maße senken zu können. Da die Ausführungsbestimmungen auf die Vierzigstundenswoche abstellen, bleibt jedoch dieser Ausgleichssatz von höchstens einem Sechstel auch dann bestehen, wenn der Arbeitgeber die Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden senkt. Der Arbeitgeber aber, welcher im Durchschnitt von Juni, Juli und August seine Arbeiter nicht mehr als 36 Stunden wöchentlich beschäftigt hat, bekommt Neueinstellungen um ein Drittel erhöht angerechnet. Betrug die wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 30 Stunden, so kann er die Neueinstellungen um zwei Drittel, bei einer solchen von nicht mehr als 24 Stunden diese sogar um das Doppelte anrechnen.

Von welchem Zeitpunkt ist der Lohnabbau zulässig?

Die Verordnung ist am 15. September in Kraft getreten. Der Arbeitgeber konnte sich also bereits von diesem Zeitpunkt an auf den Lohnabbau einstellen. Will der Arbeitgeber nun von dem Recht, die Tarifverträge zu unterschreiten, Gebrauch machen, so hat er dem Schlichter Anzeige zu erstatten und seine Absicht der Belegschaft an sichtbarer Stelle durch Aushang bekanntzumachen. Dabei hat er die am Vergleichstermin beschäftigte Belegschaftszahl und die vorgenommenen Neueinstellungen anzugeben. Wirksam wird der Lohnabbau bei Arbeitern mit Beginn des auf den Tag des Aushangs folgenden Zahlungsabschnitts. Hier knüpfen sich zahlreiche Streitfragen an, wie über die Zulässigkeit solcher gesetzlichen Einbrüche in bestehende Vertragsverhältnisse und auch, was unter Lohnzahlungsabschnitt z. B. im Bergbau zu verstehen ist, die noch einer Klärung bedürfen.

Sonstige Vorschriften.

Weiter bestimmen Verordnung und Ausführungsbestimmungen, daß Sachzüge, Aufwandsentschädigungen, Familienzuschläge und ähnliche Vergütungen nicht als Lohn- oder Gehaltsätze anzunehmen sind und daß als Wochenarbeitsstunden auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden zu gelten haben. Dann bestimmt die Verordnung, daß, wenn sich die Arbeiterzahl durch Neueinstellung weiter erhöht und dadurch der Arbeitgeber zu einem höheren Tarifabbau berechtigt ist, er diesen nach Berichtigung des Aushangs mit Wirkung des darauf folgenden Lohnzahlungsabschnitts vornehmen kann. Vermindert sich jedoch die Zahl der Arbeiter wieder, wodurch der teilweise Lohnabbau nicht mehr berechtigt ist, so fällt derselbe von dem auf den Tag der Belegschaftsvermehrung folgenden Lohnzahlungsabschnitt wieder fort. Kontrollorgan für die Einhaltung der Vorschriften ist der zuständige Schlichter, der als Beauftragter des Reichsarbeitsministers tätig und an dessen Weisungen gebunden ist.

Der Lohnabbau für „gefährdete“ Betriebe.

Unabhängig von dem bisher Angeführten kann der Lohn ebenfalls noch bis zu 20 Prozent herabgesetzt werden, wenn die Weiterführung des Betriebes durch Tarifverpflichtungen gefährdet wird, oder die Wiederaufnahme infolge besonderer Umstände sonst nicht möglich ist. Die Erteilung der Ermächtigung an den Arbeitgeber erfolgt nur auf Antrag, und zwar durch bindenden Beschluß des Schlichters. Hier entsteht die Streitfrage, ob dabei die Ermächtigung sich vom vollen Tariflohn errechnet, oder wenn eine Lohnkürzung durch Neueinstellungen bereits erfolgt, diese Sätze in Betracht kommen. Ebenso taucht die Frage auf, ob und inwieweit ein solcher Spruch bestehende Rechtsverhältnisse überhaupt abzuändern vermag. Auf diese Streitfragen näher einzugehen, müssen wir uns verjagen, weil es hier zu weit führen würde.

„Zurück zum Werkstarif!“, ist der Grundsatz dieser Papen-Verordnung. Die Unabdingbarkeit wird darüber hinaus weitestgehend beseitigt und dem Arbeitgeber durch Gesetz bescheinigt, daß er sich auch einseitig von Vertragsverpflichtungen befreien kann. So ist die Reichsregierung auf dem besten Wege, das Rechtsempfinden der Arbeiterschaft gänzlich zu erschüttern und das angebliche Notrecht für diese zur Rechtsnot werden zu lassen!

doch so leicht, das wäre nämlich dann so leicht, wenn sich die Menschen, die arbeitenden insbesondere, den sozialdemokratischen Organisationen zuwenden, um sie zu stärken, wirtschaftlich und politisch, damit endlich diesem wahnsinnigen Profitssystem ein Ende bereitet und eine allen Menschen nützliche Planwirtschaft und planmäßige Warenverteilung geschaffen wird.

Wieder Lieferung von Erwerbslosenkohle?

Am Freitag, dem 16. September, fanden in Berlin Besprechungen der bergbauischen Produktion statt, in denen auch die Frage der Wiederbelieferung der Erwerbslosen mit verbilligter Kohle behandelt wurde. Wie gemeldet wird, kam eine grundsätzliche Uebereinstimmung für die Wiederbelieferung zustande. Es wurde lediglich der Vorbehalt gemacht, daß dem in die Verteilung eingeschalteten Handel voller Erfolg für seine Aufkosten gewährt würde. Auch kam zur Sprache, daß im vergangenen Winterhalbjahr bei der Verteilung der Erwerbslosenkohle Ausfälle und Mißbräuche vorgekommen seien, die diesmal verhindert werden müßten. Zu wessen Nutzen das geschehen sei, geht aus der Meldung nicht hervor. Es scheint aber demnach, als ob auch aus dieser Sache von einzelnen Leuten ein kleines Geschäftchen zu machen versucht worden sei. Auch wir sind der Ansicht, daß das dann unterbunden werden muß, um nicht vielleicht dadurch das ganze Hilfswort für die frierenden Erwerbslosen zu gefährden, das sicher, neben dem Bemühen, diesen Menschen eine einigermaßen auskömmliche Ernährung zu sichern, mit zu den notwendigsten und begrüßenswertesten gehört.

Zollerhöhung für Superphosphat.

Phosphat ist ein bergbauisches Produkt, das durch Umwandlung von Kalk in der Natur entsteht und seine Hauptverwendung als Düngemittel findet, aber auch in kleineren Mengen in der chemischen Industrie und bei der Metallgewinnung verbraucht wird. Die Hauptgewinnungsorte in Deutschland befinden sich im Rheinbezirk. Da dieser Phosphatproduktion vom Auslande her starke Konkurrenz gemacht wurde, hat jetzt die Regierung den Zoll für dieses Produkt verdreifacht, und zwar von 50 Pf. auf 150 M. Ob damit der deutschen Produktion und besonders ihrer Arbeiter in den Phosphatgebieten wirtschaftlicher Vorteil ersteht, muß abgewartet werden. Gesamtwirtschaftlich gesehen, fällt diese Zollbelastung weniger ins Gewicht.

Um die Arbeitsnot im Siegerland.

Wohl mit am schwersten in dieser furchtbaren Wirtschaftskrise ist der Siegerländer Erzbergbau getroffen. Kein Wunder, daß sich die dortige Bevölkerung verzweifelt bemüht, Wege zu finden, die eine Linderung der gewaltigen Wirtschaftskrise versprechen. Die große Frage, die dabei zur Lösung steht, ist die: Wie könnte eine stärkere Verwendung von Siegerländer Erz und damit eine Belebung im Siegerländer Erzbergbau erreicht werden?

Die jetzt laufende staatliche Unterstützung darf wohl als nicht ganz erfolglos betrachtet werden, reich aber natürlich nicht aus, um eine nach Auffassung der dortigen Bevölkerung ausreichende Abhilfe zu bieten. Es muß überhaupt fraglich erscheinen, ob durch reine Subventionierung (Zuschussung) allein eine solche ausreichende Hilfe geschaffen werden kann, obwohl wir der Auffassung sind, daß bei zweckmäßig gestalteter besserer Verbleiblichkeit solcher Spezialfälle mehr für die Linderung der Wirtschaftskrise getan wäre, als mit den Maßnahmen, wie sie die neueste Subventionierungsaktion der Regierung Papen vorsieht, mit ihrer Prämienvergütung für Neueinstellungen. Jedenfalls wird dem Siegerland auf diesem Wege nicht viel gebient werden können.

Die einzig durchgreifende Maßnahme, den Siegerländer Erzbergbau wieder zu beleben, wäre die Förderung des inländischen Erzverbrauches, der einmal gehemmt ist durch ein kurzfristig abgeschlossenes und jetzt noch wirksames Vertragsverhältnis für ausländischen Erzbezug bei einem Teil der deutschen Hochofenindustrie, zum anderen aber auch dadurch, daß die deutsche Hüttenindustrie zum großen Teil mehr einer vorteilhafteren Verhüttung von ausländischem Erz angepaßt ist, als einer günstigen Verhüttung und Auswertung vom deutschem Hochofz.

Sollte nicht vielleicht diese Tatsache einmal mehr das Staatsinteresse gewinnen können zur Überlegung, ob nicht hier die Stelle sich befindet, wo eingegriffen werden sollte? Gegen die bessere Auswertungsmöglichkeit und den besseren Ertrag von ausländischem Erz kann eben mit reinen Zuschüssen allein nicht durchgreifend angeknüpft werden. Auf alle Fälle wäre eine volle Klärung dieser Frage, die immer wieder in der Diskussion um die richtige und notwendige Hilfe für den heimischen Erzbergbau auftaucht, sehr am Platze. Es muß Mittel und Wege geben, gerade für dieses Wirtschaftsgebiet durchgreifende Hilfe zu schaffen, wenn die dortige Bevölkerung, besonders die Erzbergarbeiter mit ihren Familien, nicht völlig der Verelendung anheimfallen sollen. Die Ausführungen unseres Kameraden Deubner auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress in London haben das zur Genüge bewiesen. Es muß deshalb auch erwartet werden, daß auch behördlicherseits nichts unversucht gelassen wird, die letzten Hilfsmöglichkeiten auszuwerten.

Wiederintrafflegung von Lebensversicherungen.

Um die zahlungsunfähigen Versicherten nicht zum Rückkauf ihrer Versicherung zu verleiten und damit den Verlust eines Teils der eingezahlten Beiträge zu verhüten und von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß auch der zahlungsunfähige Versicherte den Versicherungsschutz braucht (vielleicht dringender als der zahlungssträchtige), hat die Volksfürsorge die Einrichtung der prämienfreien Versicherung. Sie bietet außerdem den Vorzug, die ursprünglich abgeschlossene Lebensversicherung unter Beachtung sehr weitherzig gehaltener Bestimmungen jederzeit wieder in Kraft setzen zu können.

In der Inanspruchnahme einer Einrichtung zeigt sich meistens ihre Bewährung. So ist es auch mit der Wiederintrafflegung der Volksfürsorge. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres haben davon 33 563 Versicherte, die ihre Prämienzahlung eingestellt hatten, Gebrauch gemacht. Ohne daß ihnen Unkosten erwachsen sind, lediglich auf Grund der günstigen Versicherungsbedingungen, sind sie jetzt wieder in den vollen Genuß der abgeschlossenen Versicherung gekommen. Von der Volksfürsorge wird hier ein Vorteil geboten, den man beim Abschluß einer Lebensversicherung unbedingt beachten muß.

Teufische Kultur.

Die Harzburger unter sich.

Jeder kennt die Harzburger Front, jenes Bündnis, das Hugenberg, Hitler und der Stahlhelmfabrikant Selbde durch eine große Parade vor den Häuptlingen im vergangenen Jahre bekräftigten. In diesem Jahre hat der Stahlhelm einmal abwechselungshalber seine Heerführung in Berlin auf dem Tempelhofer Feld ohne Herrn Hitler und seine Getreuen abgehalten. Das hat die Phantastie des Herrn Dr. Goebbels vom nationalsozialistischen „Angriff“ zu der Redewendung „Nachtwächter der Reaktion“ mit Bezug auf diese Stahlhelmer beflügelt. Die Bundesgenossen von einst ließen sich nicht lumpen und schrieben dem Herrn Dr. Goebbels einige herzerfrischende Verse ins Stammbuch:

„Schriftleitung des „Angriff“, z. 5. des Dr. Goebbels, M. d. N.

Sie erlauben sich uns — alte Frontsoldaten — „Nachtwächter“ zu nennen. Sie, der feige Drückerberger, der nie Pulver gerochen!

Befehlen Sie doch zuerst die scheinbar bedeckten M.- und SS.-Operettenfiguren, diese bunte Gesellschaft gröhntentils jugendlicher Idioten, Narren, Abenteurer, Desperados, Kommunisten und sonstiger Verbrecher! Die sind — mit wenig Ausnahmen — nicht mal für Nachtwächter geeignet!

Dämpfen Sie Ihre Stinddrüsen, mähigen Sie Ihre Klappe, Sie hysterischer Scheißhaufen, sonst gibts Kaufschellen. — Ein Scheißhaufen und nicht Scheißler nennen wir Sie, denn nichtmal in Verbindung mit Scheiße sind Sie vor uns ein „Kerl“, —

Mit gebührender Mißachtung

Drei alte Haudogen des Stahlhelms.“

Dieser Darstellung, die wir dem Organ des Deutschen Bankangestelltenverbandes entnehmen, haben wir nichts hinzuzufügen, da wir offengestanden mit der Art des gesellschaftlichen Tones, wie ihn die nationalen Kämpfer unter sich pflegen — nicht mitkommen.

Kameraden, denkt an die Werbearbeit!

Wer braucht Kartoffeln und Brot?

Fast ist es notwendig, eine derartige Umfrage zu veranstalten, um der Regierung und den für Volksernährung zuständigen Stellen ihre Hauptfrage abzunehmen, die darin besteht, wie sie die diesjährige Rekorderte der Großagrarier unterbringen sollen. Deutschland hat nämlich in diesem Jahr die bisher größte Kartoffelernte zu verzeichnen, neben einer ebenfalls als sehr gut zu bezeichnenden Getreideernte. Die große Frage ist nun vor allem: Was machen wir mit den vielen Kartoffeln?

Die Großagrarier haben diese Frage auch schon der Regierung zur Beantwortung vorgelegt, die sich bemüht, eine solche Lösung zu finden. Sie hat bis jetzt erwogen:

1. Soll man Kartoffeln zu Kartoffelstärke- und Kartoffelwalmehl zu Backzwecken verarbeiten?

Antwort: Nein, denn das verträgt die günstige Roggen- und Weizenernte nicht, weil damit der Mehlmarkt scharf unter Preisdruck (!) kommen würde.

2. Soll der Fabrikkartoffelmarkt gezwungen werden, mehr Kartoffel aufzunehmen zu Spiritusfabrikation?

Antwort: Nein, denn der Spiritusmarkt ist jetzt schon überfüllt und wird seine Borräte nicht los, obwohl schon ein Beimischungszwang zum Benzin erlassen ist.

3. Soll eine reichlichere Kartoffelverfütterung in der Viehhaltung organisiert werden?

Antwort: Es besteht hierzu keine Möglichkeit, da die Ferkelmärkte daniederliegen und die Schweinezucht hart zurückgegangen ist wegen des Preisfalles.

4. — Man ist nun ratlos, was zu tun ist.

Dabei sitzen Millionen und Millionen hungriger Menschen im Lande, die jetzt und noch weniger im Winter nicht wissen, wie sie ihr nacktes Leben erhalten sollen. Aber so ist der Privatkapitalismus: Ob viel da ist oder wenig, für den Armen ist sich das gleich. Die Waren sind nicht da, um damit menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um daraus Geld und Profit zu schlagen. Wer den verlangten Profit nicht zahlt, kriegt nichts, lieber werden die Waren vernichtet. So ist es nicht nur in Brasilien mit Kaffee, Baumwolle, Reis und Getreide, so ist es auch bei uns mit der einfachsten Volksernahrung, mit Kartoffeln.

Wer braucht Kartoffeln? Ist es überhaupt möglich, daß bei uns in Deutschland diese Frage als ungelöstes Problem bestehen kann? Leider ist dem so. Aber warum helfen die Menschen nicht, solchen Verdrähten ein Ende zu bereiten? Das wäre

Erregte Stimmung im Saarbergbau.

Nachdem die Tariforganisationen den von der französischen Grubenverwaltung vorgeschlagenen Lohnabbau abgelehnt haben, hat dieselbe die Herabsetzung der Löhne am 15. September durch Ausschlag der Belegschaft zur Kenntnis gebracht. Dieser Ausschlag bewirkt eine ungewöhnliche Erregung, da so immer deutlicher wird, daß die Lasten der wirtschaftlichen Krise von Seiten des französischen Staates auf die hungernden Saarbergarbeiter abgewälzt werden sollen.

Die Zustände im Saarbergbau sind derart, daß ein Sklave der früheren Jahrhunderte nicht schlechter behandelt wurde als die heutigen Bergleute. Die Antreiberei hat einen Höhepunkt erreicht, welcher nicht mehr überboten werden kann. Dazu werden seit zwei Jahren nur 17 und 18 Schichten pro Monat verfahren, so daß der schwerarbeitende Bergarbeiter nicht mehr die Mittel besitzt, seinen notwendigen Unterhalt zu bestreiten.

Die Zustände auf den Saargruben spiegeln sich auch in aller Deutlichkeit in den verhängten Strafen wider. Nach den amtlichen Berichten des Oberbergamtes wurden im Jahre 1924 bei 74 908 Mann Belegschaft 339 109 Fr. Strafen verhängt, oder pro Kopf der Belegschaft 4,52 Fr. Im Jahre 1930 betrug die Strafgebühren 570 369 Fr. bei einer Belegschaft von 59 361 Mann, oder pro Kopf 9,60 Fr. Im Glendjahre 1931, wo der einzelne Bergarbeiter bereits zwei Monate Festschichten hatte, haben sich die Strafgebühren bei 56 000 Mann Belegschaft auf 587 096 Fr. erhöht, oder pro Kopf 10,36 Fr.

Man fragt sich, ob die Grubenverwaltung noch einen Funken Verständnis für die Lage der Bergarbeiter hat, wenn sie denselben den Hungerlohn noch um mehr als eine halbe Million Fr. kürzt und den Strafabbau gegenüber dem Jahre 1924 um 150 Prozent erhöht.

Die Saarbergarbeiter werden von dem französischen Staat zu seinen politischen Zielen mißbraucht, was schon die Tatsache beweist, daß bei der französischen Kohlenemfuhr allein im Jahre 1931 die Kohlenentnahme sich um 1,2 Mill. To. verringert hat und dadurch allein den Saarbergarbeitern ein Ausfall von 27 Schichten entfallen ist.

Eine weitere politische Ungeheuerlichkeit

hat sich in den letzten Wochen zugetragen, indem Frankreich ein Kohlenkontingent von 100 000 To. nach Polen zugestanden hat. Selbst die französischen Bergarbeiter haben gegen diese Kohlenwirtschaft bei dem französischen Minister der öffentlichen Arbeiten protestiert. Auch diese Kohlenmaßnahme ist auf die französische Politik zurückzuführen, unter welcher die Saarbergarbeiter seit 13 Jahren leiden.

Das neue Vordiktat der Grubenverwaltung, nach welchem die Löhne um 10 bis 14 Proz. herabgesetzt werden und derjenige, der infolge Abganges weniger als 23 Schichten verfährt, eine besondere Zulage erhält, erweckt bei den Bergarbeitern berechtigtes Mißtrauen und die Befürchtung eines neuen Belegschaftsabbaues. Dieses Mißtrauen ist vollumfänglich, da man annehmen darf, daß die Grubenverwaltung nach ihrem Vordiktat in kurzer Zeit versuchen wird, den Ballast der Zuschüsse durch Verfahren von mehr Schichten zu beseitigen. Mehr Schichten können eben nur verfahren werden, wenn 1. Frankreich mehr Kohlen abnimmt (die bisherigen Erfahrungen haben das Gegenteil bewiesen); 2. durch Abbau einer größeren Zahl Belegschaftsmitglieder.

30 000 Bergarbeiter sind innerhalb fünf Jahren das Opfer der französischen Saar-Kohlenpolitik geworden und es bedeutet eine Lebensfrage für unsere Bergarbeiter, der weiteren Verelendung nicht nur der Saarbergarbeiterfamilien,

sondern des gesamten Gebietes Einhalt zu tun. Um so mehr, da der französische Staat seine eigene Kohlenförderung von 40 Mill. To. im Jahre 1913 auf 51 Mill. To. im Jahre 1931 gesteigert hat, während die Kohlenförderung des Saargebietes mit 11,3 Mill. To. im Jahre 1931 um 2 Mill. To. den Friedensstand 1913 unterschritten hat und das Jahr 1932 einen weiteren Rückgang von mindestens 1,5 Mill. To. verzeichnen wird.

Die Erregung ist um so begreiflicher, als die Saarbergarbeiter in ihrer Stellung bisher das äußerste für die französischen Profitinteressen hergegeben hat. Während im französischen Bergbau die Leistung 700 Kg. pro Kopf und Schicht beträgt, beträgt dieselbe im Saarbergbau 1038 Kg. Während man weiter ab 1. Oktober dem Saarbergarbeiter bei seinen 17 und 18 Schichten den Hungerlohn kürzt, erhalten die Beamten bis zum Generaldirektor in den kommenden zwei Monaten vor Weihnachten Gratifikationen, die wohl durch den Lohnabbau der Bergarbeiter für einen Monat gezahlt werden. Mit Recht sagen die Saarbergarbeiter: „Wenn die Not der französischen Grubenverwaltung so groß ist, zu welchem Zwecke müssen wir einen großen Teil unnötiger Ingenieure und besonders französische Lehrer, Geistliche und alle möglichen Personen ernähren?“

Die Saargrubenverwaltung kann es nicht leugnen, daß sie im Jahre 1930 10 Mill. Fr. für mit dem Betrieb in keiner Verbindung stehende Zwecke verausgabte hat. Auf Kosten der Bergarbeiter werden französischen Ingenieuren Vergünstigungen zu teil, die in der heutigen Zeit nicht angebracht sind.

Auf der einen Seite Niederdrückung des Lohnniveaus auf den Sklavenzustand; auf der anderen Seite Gratifikationen und üppige Ausgaben.

Nicht nur ist die Erregung der Bergarbeiter gegen die unwürdige Lohn- und Betriebspolitik der Grubenverwaltung vorhanden, sondern auch berechtigter Empörung gegen den Statthalter der Völkerverwaltung. Nicht nur, daß die Völkerverwaltungsregierungsbeamten nichts unternehmen, um das Leben der Saarbergarbeiter erträglich zu gestalten, sondern dieselben treiben gegenüber den Bergarbeitern ein Spiel, indem die Bergarbeiter durch Steuern bis zum äußersten ausgepumpt und ihnen Fürsorgegesetze vorenthalten werden. Seit Monaten arbeiten Grubenverwaltung und Regierung Hand in Hand, um dem Bergarbeiter die Kurzarbeiterfürsorge vorzuenthalten.

Auf Kosten der hungernden, kranken Bergarbeiter und Pensionäre sucht also auch die Regierungskommission ihre Regierungsmaschine in Gang zu halten.

Auch hier unverschämte Gehälter der höheren Beamten und Regierungsmitglieder und Aufspeicherung von Millionenbeträgen auf Kosten der hungernden Bevölkerung.

In dieser Zeit schicksalsschwerer Tage der Saarbergarbeiter bringen es die Saarländer über sich, die französischen und Völkerverwaltungsbeamten zu rühmen. Auf der anderen Seite haben die kommunistisch-kapitalistischen Zuhälter nichts besseres zu tun, als die um das Lebensrecht der Bergarbeiter kämpfenden Gewerkschaften im Interesse des französischen Grubenkapitals zu verleumden.

Es gab einmal eine Zeit der französischen Geschichte, wo selbst Könige durch Verzweiflung des Volkes enthauptet wurden. Angesichts der Zustände im Saarbergbau mahnen wir die verantwortlichen Stellen, den arbeitssamen, pflichtbewussten Saarbergarbeiter nicht zur Verzweiflung zu bringen und die Mahnung der Gewerkschaften mit dem notwendigen Ernste zu beachten.

Fritz Grundmann, Senftenberg †.

Am 12. September verschied der Kamerad Fritz Grundmann, Leiter des Arbeitsamts Senftenberg. Am 12. April 1907 in Wellinghausen dem Verband beigetreten, wurde er dem Kriege als Angestellter des Verbandes nach Köln berufen. Im Inflationsjahr 1923 suchte er als jüngerer Kollege ein anderes Betätigungsfeld und war dann im Arbeitsnachweiseservice für die Provinz Westfalen tätig. Als auf Grund des Erwerbslosenverordnungsgesetzes die Arbeitsämter eingerichtet wurden, gelang es dem Verband und den freien Gewerkschaften, zu erreichen, daß Senftenberg ein Arbeitsamt errichtet wurde. Fritz Grundmann wurde zum Leiter berufen. Raslos war er hier tätig und aus dem Nichts heraus organisatorisch Großes geleistet. Er auf in Pflichterfüllung für sein Amt, bewahrte sich dabei das soziale Verständnis für seine Arbeitsbrüder, die Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter des Niederlausitzer Reviers werden durch seine gleichende und vermittelnde Tätigkeit, die ihr Arbeitsamt in seiner jetzigen Stellung ausübte, des öfteren vermissen. Seine Treue zum Verband, seine Wirksamkeit sichern ihm stets das Denken in der Bergarbeiterschaft.

Parolen bezüglich der Eroberung der Gewerkschaften! Nachfolgend soll ein kommunistischer „Strategie“ in einer Konferenz mitgeteilt werden:

„Die innengewerkschaftliche Arbeit (Zerlegung der christlichen und „reformistischen“ Verbände) ist die Grundlage für den Aufbau unserer Organisation. Wir müssen die Erwerbslosenverbände hineindirigieren und die Beiträge für diese Zahlen, damit sie eine kommunistische Zerlegungsarbeit leisten können.“

Auf der gleichen Linie liegen auch die ungläubigen Verleumdungen der RPD-Pressen gegen die Gewerkschaften, die die endlosen Streikparolen, die sie immer wieder, und seien noch so sinnlos, propagieren. Unsere Kameraden wissen bestimmt, was sie von dem Geschrei der Kommunisten zu halten haben, nämlich, daß es sich dabei mehr um hysterische Ohnmachtsanfälle als um einen ernsthaften revolutionären Machtwort, mehr Krampf als um wirtschaftlichen Kampf handelt.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wimmelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht. — Um allem die Unkenntnis über die Bedeutung der Arbeiterrechte zu beheben, ist in der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. Inselstraße 6a, ein Buch „Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht“ von Clemens Röpke, dem Arbeitsrechtler des ADGB, Kurt Gusto, dem Lehrer für Arbeitsrecht an der Bundeshochschule des ADGB in Bernau, erschienen, das diesem Zwecke dienlich ist. Dieses 174 Seiten starke Buch (im Leinen gebunden 3,50 Mark, Organisationspreis 2,60 Mark) will vor allem auch den Arbeitenden den Wert und die Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechts einführen. Es will den ausschlaggebenden Zusammenhang zwischen den Forderungen und den Zielen der Gewerkschaften und dem geltenden Arbeitsrecht darstellen. Das Buch enthält eine gemeinverständliche und zuverlässige Schilderung der gegenwärtigen Rechtslage. Es soll auch dem Arbeiter und dem Gewerkschaftsfunktionär ein wertvoller Helfer in seiner täglichen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sein. Zum noch besseren Verständnis ergänzen Schaubilder die Darstellungen. In dem gegenwärtigen schweren Kampfe um die Erhaltung und die Durchsetzung der Arbeiterrechte wird dieses Buch, ebenso bei der Klärung der noch abseits stehenden Arbeiter, wie auch bei der Einführung des gewerkschaftlichen Nachwachses in die Gewerkschaftsarbeit und schließlich für die Tagesarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre selbst, ein sehr wertvoller Mitarbeiter, Aufklärer und Helfer sein.

UNSERE TOTEN

Dahlhausen II: Gustav B e e l, Mitglied seit 1925. — Eiben: Theodor R u h r u s, Mitglied seit 1905. — Hindenburg: Fr. R o p c z y l. — Drossen: Hermann S u f f k e, Mitglied seit 1919. **E h r e i h r e m A n d e n k e n!**

Verbandsnachrichten

Bibliothek.
Uffeln. Die Bibliothek ist zwecks Instandsetzung der Bücher am 15. Oktober geschlossen. Geliehene Bücher müssen zum 8. Oktober zurückgegeben sein.
Glabbed. Vom Oktober an findet die Bücherausgabe noch jeden Mittwoch, und zwar nachmittags von 3 bis 5 Uhr den bekannten Räumen statt.

Kommunistisches Allerlei.

Bereits in der vorigen Nummer der „Bergbau-Industrie“ mußten wir uns mit dem hundsgemeinen Lügenfeldzug der Kommunisten unserem Verband gegenüber befassen. Inzwischen haben wir erfahren, daß diese Hege gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre die zukünftige Hauptaufgabe der Kommunisten sein soll. Infolgedessen sehen wir uns gezwungen, noch einmal auf das kommunistische Treiben einzugehen.

Fiasco der RGD.

Als vor etwa zwei Jahren die RGD. erneut die Parole herausgab, aus den „reformistischen“ Verbänden auszutreten und eigene kommunistische Gewerkschaftsorganisationen zu bilden, wurden fast täglich große Siegesmeldungen laut. Schon nach wenigen Tagen sollte der „Einheitsverband der Bergarbeiter“ nach den kommunistischen Zeitungsberichten 20 000 Mitglieder zählen. Täglich wurden neue Uebertritte und wachsende Mitgliederzahlen gemeldet, die RGD. wurde als die führende und alleinigmächtige Gewerkschaftsorganisation gepriesen.

Was ist daraus geworden?

Jeder gewerkschaftliche Verband, und sei er auch noch so klein, erachtet es als selbstverständlich, am Jahresabschluss seinen Mitgliedern einen Kassen- und Geschäftsbericht vorzulegen. Die „reiche“ RGD. und speziell der kommunistische „Einheitsverband“ im Bergbau haben so etwas nicht nötig! So bestand beispielsweise — wie wir von zuverlässiger Seite erfahren — der Geschäftsbericht des kommunistischen „Einheitsverbandes“ auf der letzten Bezirkskonferenz des Ruhrgebiets darin, daß man den Delegierten mitteilte, die Beitragseinnahmen für die letzten fünf Monate betrügen 128 504,60 Mark.

Davon sollen über 15 000 Mark für Miete (!), über 9 000 Mark für Gehälter, 4 800 Mark für allgemeine Verwaltungszwecke und über 2 000 Mark für Porto ausgegeben worden sein. Für Unterstützungszwecke wurden, sage und schreibe 800 Mark ausgegeben! Einer Einnahme von rund 130 000 Mark steht danach nur eine Ausgabe von rund 30 000 Mark gegenüber! Wo sind die anderen Gelder geblieben? Das wollten auch die kommunistischen Delegierten wissen. Daraufhin wurde ihnen gesagt, der RGD. sei kein bürgerlicher Verein (!) wie der Bergarbeiterverband, und außerdem müsse man es ablehnen, den gegnerischen Gewerkschaften wichtiges Material in die Hände zu spielen.

Also nur die Furcht vor der Blamage hindert die kommunistischen Worthelden, einen ordnungsmäßigen Bericht zu veröffentlichen! Das ist auch ein Standpunkt, ein Standpunkt allerdings, der niemanden überzeugen kann. Gerade die kommunistischen Schreiber, die nicht genug die Finanzwirtschaft der Gewerkschaften kritisieren können, hätten alle Ursache, zu zeigen, daß sie es besser machen können. Statt dessen scheuen diese Dummköpfe überhaupt die Veröffentlichung ihrer Geschäftsberichte. Und ausgerechnet die „Revolutionäre“, die nicht einmal ihren eigenen Vaden in Ordnung halten können, wollen die Welt revolutionieren!

Bezeichnend für die kommunistische Bergarbeiterorganisation des Ruhrgebiets ist ferner, daß sie zu Anfang des Jahres noch 6 000 beitragszahlende Mitglieder aufzuweisen hatte und der durchschnittliche Monatsbeitrag je Mitglied im Juli 1932 noch 18 Pf. betrug. Wir erwähnen dies deshalb, weil diese organisatorische Pleite in einem krassen Gegensatz zu dem „revolutionären“ Maulheldentum der Moskauerjünger steht.

Organisatorisch haben also die Kommunisten nichts mehr zu verlieren! Ihr RGD.-Vaden ist und bleibt eine große Pleite! Deshalb auch ihr gehässiger Lügenfeldzug gegen unseren Verband und die skrupellose Stimmungsmache. Deshalb auch neue

Mit feurigem Schmitz an Zeug und Händen räum!

GEG-Pressantseife spielend auf

Nur aus Ihrem **Konsumverein**

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gutfüllende Sorten.

1. Klasse: graue geschlossene 22, weiße 24, halbweiße 26, weiße 28, weiße 30, weiße 32, weiße 34, weiße 36, weiße 38, weiße 40, weiße 42, weiße 44, weiße 46, weiße 48, weiße 50, weiße 52, weiße 54, weiße 56, weiße 58, weiße 60, weiße 62, weiße 64, weiße 66, weiße 68, weiße 70, weiße 72, weiße 74, weiße 76, weiße 78, weiße 80, weiße 82, weiße 84, weiße 86, weiße 88, weiße 90, weiße 92, weiße 94, weiße 96, weiße 98, weiße 100.

Bestand portofrei, polizei, gegen Nachnahme. Muster frei Untertisch und Hausaufgabe gestattet.

Benedikt Schmelz, Lobes 209 bei Sülzen in Böhmen.

Magdeh-od. Armbanduhr ganz billig kaufen will, verlaugte Preisliste gratis von der über 20 Jahre alten Firma **Uhren-Klose** Berlin SW 29 (28) Zossener Str. 8

EISU-Stahl-Betten Schlafzimmer u. Holz-Kinderschlaf, an jeden, Teilzahlk. Katalog 302 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Druck-Druck laden jeder Art für unsere Zahlstellen liefert preiswert u. gut die Besonderebedruckerei **H. Hansmann & Co., Bochum.**

Blumenmispel Zierpflanze, wintergrün, 10-15 Pf. — ab hier, Nachnahme. Viele neue Sorten, an jeder, Teilzahlk. Katalog 302 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Billigste neue Gänsefedern mit Daunen, doppelt gereinigt, Pfd. 2,40, beste 2,90, Halbdaun. 3,50, Edel 4,00, 4,50, sehr zarte 5,00, gerissene Federn mit Daunen 2,75, 3,25, hochprima 4,25, alle 5,50, 1/2 Daunen 8,00, 9,00. Alle Sorten garant. zu gewaschen u. gereinigt. Postnachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefallend, nehme auf m. Kosten zurück. **Helene Giesch, Bettfedern-Wäpferer, Non Trebbin 19 (Oderbruch), Wriezenerstr. 45a.**

Wir liefern an jedermann **Tuche** Herren- Stoffe ab Damen- Stoffe ab Fabrik **Schmann & Assmy** Alles Tuchversandhaus mit eigener Fabrikation Spremberg i. L. 61.

Käse billiger! 9 Pf. rote Augen 2,95, 200 Härter Käse 2,95, 4 1/2 Pf. Augen und 100 Härter 2,95, ab hier. **G. Ramm, Mortorf, Suhl 140**

Anzeigen auch die Klein- haben den besten größten Erfolg in der Bergbau-Industrie

Kameraden, werbt für den Verband!

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre **Gute Taschenuhr nur M. 1,80**

Nr. 3 Herren-Uhr, Uhr permut. 1,80, Nr. 4. verstell. m. Gold, Schär. 2,90, Nr. 5 m. bell. West. lach. Form. 3,90, Nr. 6 Sprunguhr, verstell. eleg. Gehäuse gutes Werk. 5,40, Nr. 7 Damenuhr, verstell. 3,00, Nr. 8 Uhr m. Klein. verstell. 2,90, Nadeluhr Nr. 9, 30. Doppelst. u. verstell. 2,30, Nr. 10. Kapell. 0,25, Nr. 11. West. la. West. 1,95

Jede Uhr hat ein 36 köpfiges genau reguliertes Werk. Versand gegen Nachnahme. 1000 Katalog gew. gratis. Uhrenhaus Fr. Heinecke, Braunschweig 55, Geilhoit. 3 Jahresumtag ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Sächsische Bettfedern **Fabr. P. Hoyer, Döllitzsch 79** Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4 sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten. Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpr. Ferner prima **BETT-INLETT** Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Probe und Preisliste unsonst und portofrei.

BERKO **STARRLICHT** Dazu **BERKO-AUTOMAT** Automatische Umschaltung von Batterie auf Dynamo und umgekehrt